

# Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“ und der monatlichen Beilage „Für die Arbeiterjugend“

**Bezugspreis:** Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expeditoren: Gustav 48, durch die Zweig-Expeditoren: Neue Hauptstraße Nr. 5, durch die Zweig-Expeditoren: Hauptstraße 129, sowie durch alle Anzeigen-Verleger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,40 Goldmark, monatlich 1,70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2,00 Goldmark.

**Organ für die wertvolle Bevölkerung**

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Dresden 2

Verlags- und Geschäftsstelle: Geschäftsstelle Ring 1206, Reibstock Ring 314, Postfach-Nr. 100, Postfach-Nr. 352

**Anzeigenpreis:** Je Millimeter für geschaltete Anzeigen aus Schlesien 10 Pf., auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text: 70 Pf., Stellenangebote 10 Pf., Familienangelegenheiten, Verlobungen, Verheirathungen, Todesanzeigen 7 Pf., kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis zum 11 Uhr (12 Uhr vormittags) in der Haupt-Expeditoren-Geschäftsstelle 48 oder in der Zweig-Expeditoren-Geschäftsstelle abgegeben werden.

## Verständigung im letzten Moment?

### Die Verhandlungen mit Polen werden weitergeführt.

Deutsche Kampfmaßnahmen in Berezahoff.

Die polnische und deutsche Handelsdelegation haben am Donnerstag ohne Rücksicht auf den deutsch-polnischen Zwischenfall ihre Arbeiten fortgesetzt. Die deutsche Delegation übermittelte der Gegenseite unter anderem die Vorschläge für ein Provisorium (Meistbegünstigung, Bewegungsfreiheit für Handelsreisende, Festlegung der polnischen Kohlenkontingente auf 100 000 Tonnen). Die polnische Delegation hat die Vorschläge nach Warschau weitergeleitet.

Der Reichsrat nahm gestern eine Verordnung über Zolländerungen für Boden- und Gewerbezweignisse polnischer Ursprungs an. Die Verordnung ist die Gegenmaßnahme gegen die Verordnung der polnischen Regierung vom 20. Juni über Einfuhrverbote. Die polnische Maßnahme bedeutet den Beginn des Wirtschaftskrieges, während die Verhandlungen über ein Provisorium noch im Gange sind. Die Reichsregierung hält es für erforderlich, gegen dieses die deutschen Interessen schwer schädigende Vorgehen Polens unverzüglich Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Die bestehenden allgemeinen Einfuhrverbote werden Polen gegenüber ausnahmslos durchgeführt werden. Dazu sollen neue gegen Polen gerichtete Einfuhrverbote auf Waren treten, die sonst einsehbar sind. In dieser Richtung kann die Regierung selbständig vorgehen. Ferner wird aber namentlich auf Grund des § 7 der Reichsabgabeverordnung für eine Gruppe von Waren polnischen Ursprungs, die für die polnische Ausfuhr nach Deutschland von besonderer Bedeutung sind, nach der Zustimmung des Reichsrats derartig vorgehen werden, daß die Zollsätze in einer prohibitiv (ausschließend) wirkenden Weise erhöht werden. Die Verordnung über die Zollsätze wird am 6. Juli in Kraft treten.

Die Kampfmaßnahmen gegenüber Polen sind im einzelnen folgende: Für den Doppelpfeiler Roggen 10 R.-M., Getreide ebenfalls 10 R.-M., jähliche Kartoffeln in der Zeit vom 15. Februar bis 31. Juli 5 R.-M., vom 1. August bis 14. Februar 2 R.-M., Rindergewichte 20 R.-M., lebende Schweine 40 R.-M., frisches und gestrohenes Fleisch 70 R.-M., Schweinefleisch 55 R.-M., Eier 25 R.-M., Mehl 25 R.-M.

Der Warschauer „Kurjer Polski“ berichtet, daß in Oberschlesien demnächst eine bewegliche polnische Wüsterausstellung der polnischen Industrie eintreffen soll, um die oberösterreichische Kaufmannschaft und Bevölkerung für die Erzeugnisse der polnischen Industrie zu interessieren und umgekehrt die oberschlesische Industrie für den oberösterreichischen Markt als Absatzgebiet zu interessieren. Die Ausstellung besitze heute eine um so größere Wichtigkeit, als Oberschlesien aufgehört habe, seine Waren aus Deutschland zu beziehen. Also: Ausnutzung des Zollkriegs zur dauernden Verdrängung deutscher Waren!

### Der Stand der Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich.

Paris, 2. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Im Anschluß an die Überreichung der neuen Vorschläge der französischen Handelsvertragsdelegation fand am Donnerstag nachmittags ein neuer Meinungs-austausch zwischen den beiden Vorsitzenden der Delegationen statt, wobei die kritischen Tariffpositionen Punkt für Punkt durchgesprochen wurden. Für einige französische Warengruppen soll nach amtlicher französischer Darstellung eine Verständigung erzielt worden sein, über andere der Meinungs-austausch fortgesetzt werden. Von Frankreich wird vor allem eine weitere Ermäßigung der Tarife für Wein, Parfümerien, Seife, Textilwaren und natürliche Blumengefärbte; Deutschland verlangt eine Herabsetzung der in Aussicht genommenen Höchstzölle, insbesondere für Maschinen und Erzeugnisse der elektrischen und chemischen Industrie. Die Note, in der die letzten französischen Vorschläge schriftlich dargestellt sind, soll spätestens am Freitag vormittags im Besitze der deutschen Delegation sein. Diese haben ihrerseits zugesagt, deren sorgfältige Prüfung möglichst zu beschleunigen.

### Neue Handelsvertrags-Verhandlungen mit Spanien.

Änderung des Vertrages?

Nach der Ratifikation des deutsch-spanischen Handelsvertrages am 21. Juni ist entsprechend den bei Ratifikation des Vertrages im Reichstag abgegebenen Erklärungen an die spanische Regierung des Reiches um wichtige neue Verhandlungen zur Änderung des im Reichstag beschlossenen Bestimmungen gerichtet worden. Die spanische Regierung hat sich, wie namentlich amtlich mitgeteilt wird, zu solchen Verhandlungen bereit erklärt. Gestern ist eine deutsche Delegation zur Aufnahme dieser Verhandlungen abgereist. Sie soll sich zunächst mit Vertretern der beteiligten Ministerien unter Führung des früheren bayerischen Ministerpräsidenten Grafen von Helldorf-Schwarz-Berger in der Reichshaus und des Reichshaus treffen und der Delegation als Sachver-

### Keine Regierungsumbildungs-Verhandlungen in Preußen.

Freiziehende Nachrichten der „Kölnen Fahne“.

Der Amtliche Preussische Pressedienst schreibt: Die „Kölnen Fahne“ weiß wiederum von Verhandlungen über die Regierungsumbildung in Preußen zu melden, an denen Ministerpräsident Braun nach wie vor beteiligt sei. Hierzu ist festzustellen, daß Ministerpräsident Braun gegenwärtig keinerlei Verhandlungen über eine Regierungsumbildung führt und auch keinen Anlaß zu derartigen Verhandlungen sieht.

### Ablehnung der Hauszinssteuer-Erhöhung im Staatsrat.

Im Mittelpunkt der Donnerstagssitzung des Preussischen Staatsrats stand die geplante Erhöhung der Hauszinssteuer, die nach dem Vorschlag der Regierung am 1. August und am 1. Oktober dieses Jahres eine Erhöhung von je 6 Prozent erfahren sollte. Die Erhöhung am 1. August sollte zu einem Drittel dem Staat und zu zwei Dritteln den Gemeinden, die Erhöhung am 1. Oktober in vollem Umfang dem Staat zufließen. Der Hauptausfluß des Staatsrats hatte beschlossene, der Vorlage nicht zuzustimmen, da die Hauszinssteuer ihrer Natur nach als Steuer für allgemeine Zwecke nicht geeignet sei. Es wurde ein Eruentiaertrag eingebracht, der eine einmalige Erhöhung um 8 Prozent für den Fall vorsehe, daß der Landtag die Notwendigkeit der Erhöhung der Hauszinssteuer anerkennt. Von diesen 8 Prozent sollen 4 Prozent ausschließlich für die Kreisämter, 2 Prozent für die Städte, 1 Prozent dem Staat zufließen. Der Finanzminister erklärte sich mit der Erhöhung von nur 8 Prozent einverstanden, wünschte aber, daß für die Neubautätigkeit nur zwei Prozent, für die Gemeinden und den Staat je 3 Prozent zur Verfügung gestellt werden. Anders könne er das zu erwartende große Defizit im Staatshaushalt nicht decken. Der Staatsrat lehnte aber die Vorschläge des Finanzministers ab und befähigte den Reichsrat seines Hauptausflusses.

### Erleichterung der Preistreiberi durch die Reichsregierung.

Der Reichsrat genehmigte am Donnerstag einen Gesetzentwurf, der die Aufhebung der Preistreiberverordnung und der damit zusammenhängenden Bestimmungen vorseht. Einzelne Bestimmungen über Preisobergrenzen und Preisänderungen bleiben bestehen. So wird zum Beispiel für den Handel mit Fleisch- und Wurstwaren der Preisüberwachung und die Vorschriften über Preisverhältnisse aufrechterhalten. Im großen und ganzen bedeutet diese Regelung, mögen auch die bisherigen Bestimmungen Mängel gehabt haben, das Ende der Wucherergesetzgebung, und das in einer Zeit der zunehmenden Teuerung!

### Der Finanzausgleich im Reichstagsausfluß.

Im Stenographischen Ausschuss des Reichstags begann am Donnerstag die erste Lesung des Gesetzesentwurfs über die Endergebnisse des Finanzausgleichs durch Reich, Länder und Gemeinden. Von allen Rednern wurde betont, daß das Reich die eigentlichen Lasten des Krieges zu tragen habe. Dieser Lastenverteilung entsprechend müsse eine fundamentale Veränderung im Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden zugunsten des Reiches erfolgen. Das Verlangen des Reichsrats, dem Reich die fast vollständige Ertragsanteile aus der Einkommensteuer zu ziehen, wurde allgemein abgelehnt. Auch das unbegrenzte Zuschlagsrecht für die Gemeinden und Länder fand keine Zustimmung. Die Regierung ließ erklären, daß sie unter allen Umständen 25 Prozent des Einkommens an Einkommens- und Körperschaftsteuer erhalten müsse. Von einem unbegrenzten Zuschlagsrecht könne nicht gesprochen werden. Man könne das bisherige Genehmigungsrecht so ausbauen, daß es nicht nur eine formale, sondern auch eine praktisch entscheidende Wirkung besäße.

### Im Aufwertungsausschuß des Reichstags.

wurde am Donnerstag entsprechend der Kompromißvorlage die Aufwertung der vor dem 15. Juni 1922 angelegten Sparausgaben mit mindestens 12 1/2 Prozent beschlossen. Die Sparauslagen der Kaufmannschaft sind mit 25 Prozent aufzuwerten. Kaufmannschaften gelten nicht als Vermögensanlage. Sie sind infolgedessen höher als mit 25 Prozent aufzuwerten.

### Die Räumung des Ruhrgebiets.

Wie der „Kölnen Anzeiger“ meldet, soll das in Recklinghausen stationierte französische Dragonerregiment mit dem Ende des Monats nach Bonn die Stadt am 10. Juli verlassen. Die Verwaltungsbehörden sollen am Tage darauf folgen. Nach einer Mitteilung des „Recklingener Tageblattes“ hat die französische Garnison in Bonn die Stadt verlassen. Die Einquartierungen seien jedoch aus provisorischer Weise die Truppen unter dem Teil nach Recklinghausen, zum Teil in den anderen Städten des Reiches verteilt werden sollen.

## Der Kaufpreis für die Deutschnationalen.

Von Rudolf Breitscheid.

Die deutschnationale Parteileitung hat feierlich erklärt, daß die Reichstagsfraktion nicht daran denke, die Unterstützung der Regierung Luther aufzugeben, da es gerade jetzt mehr als je notwendig sei, sich ihren Einfluß auf die Gestaltung der Politik zu bewahren. Diese Begründung für das Verbleiben im Kabinett trifft zu. Es wäre in der Tat eine ungeheure Torheit, wenn die Deutschnationalen in einem Augenblick zurückträten, wo eben erst die Debatte über den „Luftkessel Zolltarif“ eingeleitet hat und hier der erste größere Erfolg ihrer Regierungstätigkeit zu winken scheint. Die Unzufriedenheit der Deutschnationalen im Lande rührt ja aus dem Scheitern aller Hoffnungen auf das Ministerium Luther her. Auf verfassungspolitischen Gebieten ist einstweilen nichts erreicht. Das Aufwertungs-kompromiß hat die Mißgunst der frommen Denksart der kleinen Sparer und Rentner in gärende Drachengestalt verwandelt. In der auswärtigen Politik hat man sich von Herrn Stresemann auf die Bahn des Sicherheitspattes verlocken lassen, und nun bleibt einstweilen eben nur noch die Aussicht auf die Zölle und vor allem die Agrarzölle.

Dieser Plan aber soll nun auch mit der größten Eile verwirklicht werden. Bis zum 18. Juli will man das umfangreiche Gesetz verabschieden. Schon der Reichstagsrat hat sich lebhaft über das Tempo beunruhigt, das seinen Beratungen von der Regierung vorgezeichnet wurde. Im Reichstag geht es ähnlich. Der Antrag der Linksparteien, insbesondere über die Lage der Landwirtschaft Gutachten von Sachverständigen einzuholen, wird von den Rechtsparteien und der Regierung abgelehnt. Die Wucherzölle sollen eben so schnell als möglich beschaffen werden, damit die an den Zöllen interessierten einflussreichen Wählerkreise beruhigt werden und damit die Deutschnationalen für ihre Entschlüsse gegenüber der Regierung freie Hand bekommen.

Denn darüber müssen wir uns klar sein: ist die Beute eingebracht, dann wird die Frage nach dem weiteren Schicksal des Kabinetts Luther erst akut, weil sich dann entscheiden muß, ob die Deutschnationalen bereit sind, an der Lösung der schwebenden außenpolitischen Probleme in positiver Mitarbeit zu arbeiten. Diese Gefahr wird von den anderen Regierungsparteien auch nicht völlig verkannt, deshalb haben sich in ihrem Lager Stimmen vernehmen lassen, die für eine Hinausschiebung der Zollabstimmungen eintreten, bis die Fragen der Entwaffnung und des Sicherheitspattes geklärt seien. Es sprechen gewisse Anzeichen dafür, daß auch Stresemann, bei dem sich berechtigter Zweifel an der Vortrefflichkeit der von ihm mit so viel Eifer betriebenen Koalition einzustellen beginnen, diesen Weg einschlagen möchte. Aber Herr Luther, der froh ist, so etwas wie eine Regierungsmehrheit beisammen zu haben, widersteht sich dieser Absicht ebenso, wie die deutschnational abgestempelter Mitglieder des Kabinetts. Er will dem ungewollt gewordenen Riefoldaten seinen ungetümmel verlangten Lohn zahlen, und nach seiner Meinung wird man den Mißvergnügten am Davonlaufen hindern können, — wenn nicht anders, so zur Not durch eine Preisgabe des Außenministers, der dann eben der „höheren staatlichen Notwendigkeit“ die Deutschnationalen bei der Stange zu halten, geopfert werden dürfte.

Natürlich werden die Rufe nicht ausgesprochen, daß die Eile der Zolltarifberatung wird damit begründet, daß eine Basis für die schwebenden und bedrohlichen Handelsvertragsverhandlungen dringend erforderlich sei. Der Tarif von 1902 entspräche nicht mehr den heutigen Anforderungen. Wie daraus rechtlich der Zwang zur Wiedereinführung der Agrarzölle hergeleitet werden soll, ist umso unklarer, als die Agrarfraktion der Regierung nach dem Urteil aller Sachverständigen einen ganz anderen Charakter trägt, als die des letzten Viertel des vergangenen Jahrhunderts. Sie rührt nicht aus der Erschließung neuer jungfräulicher Böden in außer-europäischen Gebieten her, sondern sie ist in erster Linie die Folge der aufkommenden Kaufkraft in den meißten der am Krieg beteiligten Länder, und sie rührt in Deutschland speziell veranlaßt durch die Preisdifferenz zwischen agrarischen und industriellen Produkten. Die Kaufkraft ist eben höher, als die Agrarfraktion für die Landwirtschaft und ihre Belastung der arbeitenden Bevölkerung und eine ge-

schwerung für den nach dem verlorenen Krieg doppelt notwendig gewordenen Export von Fertigwaren.

An der Argumentation der Regierung ist nur sozial richtig, daß der alte Zolltarif technische Mängel enthält, die ihn als Instrument für Handelsvertragsverhandlungen nicht mehr ganz brauchbar erscheinen lassen.

Diese Danks will die Regierung Luther indessen nicht beschreiben. Ihre Sorge ist, die Deutschnationalen bei guter Stimmung zu halten. Sie weiß, daß diese auf Erhöhung der Monopolrente des landwirtschaftlich genutzten Bodens und der industriellen Kartelle bestehen.

### Wer ist für den Sicherheitspakt verantwortlich?

Die Opposition innerhalb der Deutschnationalen Partei, die noch nicht alles, was die Partei vor den Dezemberwahlen predigte, vergessen hat, versucht, die Verantwortung für die Erfüllungspolitik der Reichsregierung einzeln und allein auf Herrn Stresemann und die Volkspartei abzuwälzen.

Die Deutsche Volkspartei hat infolgedessen am letzten Dienstag beschlossen, eine öffentliche Ansprache über die auswärtige Politik herbeizuführen. Sie hat sich in der gleichen Sache in vertraulichen Rundschreiben geäußert, über deren Inhalt die „Deutsche Zeitung“ in folgender Weise berichtet:

In vertraulichen Rundschreiben behauptet die Deutsche Volkspartei, daß es in ihrer deutschnationalen Schwesternpartei sehr weitaus aussehe, besonders schwierig sei für sie die Lage in Preußen, die deshalb lieber bis zum Herbst im jetzigen Gleichgewicht gehalten werde. Weiter verfinde die Deutsche Volkspartei ihren Wünschen, daß alles, was über ihres Führers Stresemann selbstherrliche Politik gesagt werde, eine große Unwahrheit sei.

Um diese Behauptungen der Volkspartei zu widerlegen, publiziert nun die „Deutsche Zeitung“ folgenden Brief, den der Reichsminister Schiele am 2. Mai d. J. an den Hauptgeschäftsführer der Volkspartei, Reichsminister a. D. Brünninghaus, geschrieben hat:

„Sehr geehrter Herr Kollege! Von einem Pianer-Partei-Freunde erhalte ich einen Auschnitt aus einer vorliegenden Zeitung, in dem wörtlich folgendes steht:

Wir werden von dem Abgeordneten der Deutschen Volkspartei, Admiral Krimmingshaus, um Berücksichtigung folgender Erklärung gebeten: „Aber das deutsche Memorandum in zwischen dem Reichskanzler, dem Außenminister und deutschnationalen Kabinetsmitglied, das von seiner Partei als Vertragsentwurf für die Fiktion bezeichnet worden ist, ausschließlich verhandelt worden. Dabei sind gegen den Sicherheitspakt Einwendungen nicht erhoben worden.“

Ich bemerke hierzu, daß diese Angaben den Tatsachen nicht entsprechen. Ich verweise Sie über das Memorandum nicht wiederholt werden und keine auch heute noch nicht den Inhalt desselben. Es ist wohl notwendig, daß wir jeweils Klärung über das rechtlich einwandlos unterhalten.

Verbindlichsten Gruß!  
Schiele.  
Wie ein Angehöriger, der sich verteidigt, will Herr Schiele den Klärschwanz antreten. Er ist nicht dabei gewesen! Er weiß von nichts!

Am 9. Februar wurde das Memorandum abgelehnt. Am 25. Mai hat Herr Schiele nicht nur nicht seinen Wortlaut, sondern auch nicht einmal „den Inhalt desselben“ genannt!

Dazu meint der „Vorwärts“:  
Die Erbärmlichkeit der „größten Regierungspartei“ wäre an sich schließlich eine innere Angelegenheit. Aber wenn sie auf dem Gebiet der Außenpolitik in Erscheinung tritt, dann wird sie eine außenpolitische Gefahr. Sie wird das um so mehr, als ja auch schon Bestrebungen im Gange sind, die Tendenz der bisher betriebenen Außenpolitik umzubiegen und umzuliegen, und so zu tun, als ob das deutsche Angebot nur ein listiges Mandat gewesen sei, um den Gegner herauszulocken und an der Kasse herumzuführen.

Es ist darum höchste Zeit, daß in öffentlicher Reichstags-Sitzung die Fragen beantwortet werden. Was ist die deutsche Außenpolitik? Wer ist für sie? Wer ist bereit, für sie die Verantwortung zu tragen?

Von innen gesehen ist aber auch die Frage, was es mit der Reichsregierung auf sich hat und wie sich das Zusammenwirken ihrer Teile gestaltet, nicht ohne Reiz. Grillparzer hat einmal ein allösterreichisches Kabinett so geschildert:

Der Minister des Äußeren  
Kann sich nicht äußern.  
Der Minister des Innern  
Kann sich nicht erinnern.  
Der Minister des Krieges  
Ist nicht der des Sieges.  
Nach dem Minister der Finanzen  
Ruh' alles tanzen.

Das ist der Minister des Innern nicht erinnern kann, ist evident. Und wie sich der Minister des Äußeren äußern kann, darauf ist alle Welt gespannt.

### Ein vorläufiges Kompromiß zwischen Volkspartei und Deutschnationalen.

Zurzeit hat Herr Luther die größte Angst, daß die Deutschnationalen (nach vor der Zollvorlage?) aus seiner Regierung herauslaufen, wenn Stresemann öffentlich ihre Mitverantwortung feststellen muß.

Wie die Berliner Rechtsblätter berichten, verhandelte Luther daher gestern mit der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei. Die Reichstagsfraktion der Volkspartei veröffentlichte nach dieser Besprechung eine Erklärung, in der sie mitteilt, daß die Fraktion von der Eindringung einer Interpellation zunächst absehen werde, nachdem der Reichskanzler erklärt habe, daß eine Ansprache über die außenpolitische Lage im Reichstage noch in dieser Tagung (!) stattfinden werde.

Der „Täglichen Rundschau“ zufolge hat die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei Richtlinien für den Abschluß eines Sicherheitspactes aufgestellt, in denen es heißt: Die Deutsche Volkspartei stimmt der Initiative der deutschen Regierung zu, eine Lösung der Sicherheitsfrage nicht gegen Deutschland herbeizuführen. Sie fordert, daß die in Gang gebrachten Erörterungen in den Grundgedanken des deutschen Memorandums fortgeführt werden, unter Ablehnung jeder Herabsetzung der militärischen Bündnispolitik Frankreichs (eine Formel, die formal immer erfüllt war!). Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund sei vor der Klärung der Ruhr- und des Sanktionsgebietes, sowie der ersten Rheinlandzone unbedenklich. Er liegt festhalten an den Grundgedanken des deutschen Memorandums über den Völkerbund (d. h. das Verlangen nach Ausnahme, von der Völkerbundpflicht für Deutschland!) voraus. Wenn auch der Sicherheitspact den Versailler Vertrag nicht abändere, so könne doch Deutschland seine Beschäftigung der sich aus dem Vertrage ergebenden Lage hinnehmen. Im Zusammenhang mit einem Sicherheitspact ergebe sich die Befreiung und das Rheinlandabkommen den veränderten Verhältnissen anzupassen. Alle Streitigkeiten aus dem Versailler Vertrage, insbesondere auch über die Entmilitarisierung des Rheinlandes, sowie über das Rheinlandabkommen, müßten einem Schiedsverfahren unterstellt werden. Jede Wiederaufnahme früherer Sanktionsmaßnahmen sei abzulehnen. Schiedsverträge dürfe Deutschland nur als Subjekt seiner Politik in voller Freiheit abschließen. Garantie und Entschädigung über die Befreiung durch den Bundesgenossen eines Vertragsparties sei mit dem Völkerbunds-Rechtlich unvereinbar (?). Nur bei Wahrung aller dieser Grundzüge könne der Deutschen Volkspartei der Abschluß eines Sicherheitspactes mit Deutschlands Interessen vereinbar. Das Abhängigkeitsverhältnis des Sicherheitspactes durch die eigene Fraktion keineswegs Stresemann. Es sind allerdings nur Richtlinien für Verhandlungen, aber diese werden durch solche Bedingungen sehr erswert.

Die Gegenseite der Deutschnationalen für den Bericht der Volkspartei auf eine öffentliche Festlegung der

Weisarp-Partei ist die Zustimmung der deutschnationalen Minister zum nächsten Schritt Stresemanns, der je noch vor der Zollvorlage liegt.

Amlich wird nämlich mitgeteilt: Das Reichskabinett legte am Donnerstag nachmittag die Beratungen über die außenpolitische Lage fort. Der Reichsminister des Auswärtigen berichtete über den Stand der Vorarbeiten und die Beantwortung der französischen Sicherheitsnote. Es besteht über die Grundlinien der Antwort Einverständnis, und es ist die Vorlage eines Entwurfes im Kabinett ehestens zu erwarten.

Die „Vossische Zeitung“ will wissen, daß nicht mehr beachtlich sei, lediglich eine Zwischennote abzugeben, die sich darauf beschränkt, an die französische Regierung einige Rückfragen zu stellen. Diese Rückfragen werden allerdings nicht fehlen. Daneben sollen in der Note auch die Wünsche der französischen Regierung hinsichtlich der Rolle eines Garanten über die Schiedsverträge zwischen Deutschland und den östlichen Staaten abgelehnt werden. Dabei werde aber die deutsche Regierung noch einmal ihre Bereitwilligkeit ausdrücken, auf der Basis des Memorandums vom Februar die Verhandlungen über einen Sicherheitspact im Westen fortzusetzen. Die Note wird kaum vor dem 12. Juli abgehandelt werden. Die außenpolitische Ansprache im Reichstage soll dann nach Ablehnung der deutschen Antwort um die Mitte des Monats erst stattfinden.

### Der Zollkampf im Auschuß.

Die Donnerstagstagung des handelspolitischen Ausschusses wurde durch eine Rede des deutschnationalen Abgeordneten Schlang-Schöningen eingeleitet. Er will der Welt beweisen, daß sie ohne Deutschland nicht leben kann und deshalb fordert er den Zollschutz. Die Städte würden angefaßt ohne Zollvorlage mit arbeitslosen Landarbeitern überhäuft werden (!), so daß auch in der Industrie eine steigende Arbeitslosigkeit eintreten würde. Weder eine Ermäßigung oder völlige Aufhebung der Umsatzsteuer noch Kredite könnten der Landwirtschaft Hilfe bringen. — Der Demokrat Kroll erklärte, daß seine Partei weiterhin bemüht bleiben werde, Verbesserung zu erzielen und erst dann zu der Zollvorlage endgültig Stellung nehmen könne. Solange nicht bewiesen sei, daß die Landwirtschaft von den Zöllen schon im Herbst einen Nutzen habe und die Getreidepreise nicht durch andere Mittel an die Weltmarktpreise herangebracht werden könnten, trete die Demokratische Partei nicht für Mindestzölle ein.

Dann kam Hilferding zu Wort, der nochmals die für die Sozialdemokratie entscheidenden Gesichtspunkte in den Vordergrund stellte. Durch jede finanzielle Maßnahme, ob es die Inflation oder Schutzzölle seien, könne nur eine andere Verteilung des Ertrages, aber keine Steigerung der Produktion erreicht werden. Es gehe darum, den besten Weg zur Steigerung der Produktivität zu finden. Die Hochzölle brächten lediglich eine Verteuerung der Produktionskosten und damit eine Erhöhung unserer Konkurrenz auf dem Weltmarkt. Die Landwirtschaft müsse sich sehr überlegen, ob sie sich nicht den Weg zur Steigerung der Intensität verbaue, wenn sie sich durch hohe Zölle die eigenen Produktionsmittel verteuere. Der beste Weg sei, die Aufnahmefähigkeit des Inlandsmarktes zu erhöhen. Der Zolltarif sei nicht aufgebaut worden nach dem Schutzbedürfnis der einzelnen Industriezweige, sondern nach dem politischen Einfluß der einzelnen Interessentengruppen. Daher seien auch die Halbstarke zumunften der Volkswirtschaften hart begünstigt worden. Das sei vom allgemeinen wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet außerordentlich bedenklich. Für die Landwirtschaft sei die Frage entscheidend, ob der jetzige und zukünftig noch werdende Preisniveau genüge, um eine Intensivierung herbeizuführen. Der Ertrag sei nicht nur in Deutschland, sondern überall und dauernd gering. Darauf erklärten sich die jetzigen allgemein niedrigen Preise. Die Preisreiser sei geringfügig. Die Zölle des Abgeordneten K. H. Hofen über die Beschaffung der Landwirtschaft (80 Prozent) könnten um 80 Prozent erhöht sein. Es sei außerordentlich bedauerlich, daß die Reichsregierung zu all den Dingen lauwarme, statt erschöpfende Auskunft zu geben. Die Landwirtschaft habe schon im Jahre 1924 zwei bis zweieinhalb Milliarden Kredite erhalten. Auf diesem Wege könne ihr auch weiterhin, und zwar ganz anders gelassen werden als durch Schutzzölle. Großes Gewicht sei auch auf die Verzerrung des Weges vom Produzenten zum Konsumenten zu legen, um die Spanne zwischen Erzeuger und dem Verbraucherpreis herabzumindern.

Gegen den sozialdemokratischen Widerstand wurde dann beschlossen, die Verhandlungen abzubrechen und nach dem Plenum eine Ablehnung abzugeben. Überaus ergab sich mit knapper Not die Beschlußfähigkeit. Das bewog die gemäßigten Redner, auf das Wort zu verzichten. Damit war die Generaldebatte geschlossen. Am Freitag soll in die Spezialdebatte eingeleitet werden. Es ist noch zweifelhaft, ob es zuerst zur Beratung der Agrarzölle kommt, wie es die Regierung wünscht, oder ob zuerst die Industriezölle beraten werden, wie die Sozialdemokratie es verlangt. Die Entscheidung darüber wird am Freitag gefällt.

### Der Fall Robert Robertson.

Roman von Sven Eisehard.  
„Was kam er?“  
„Sagen Sie mir.“  
„War er allein?“  
„Wie er kam und ging, war er allein, aber während er hier war, sah er mit einigen sehr hübschen Frauen sprechen. Er trug einige Kleider, das war alles.“  
„Sprach er mit ihnen?“  
„Ja, auch mit ihnen. Aber sie lachten hier, als er sprach.“  
„Dr. Gravenhag in der letzten Zeit häufig hier gesehen?“  
„In der letzten Woche hat er jede Nacht bis zum Morgen hier geschlafen.“  
„Sie haben wohl gesehen, daß er ein feiner Herr war?“  
„Hier kommen oft feine Herren,“ sagte sie und blickte sich um. „Aber ich habe nicht gesehen, daß er ein feiner Herr war.“  
„Wie sah er aus?“  
„Er sah aus wie ein Mann, der etwas zu tun hat.“  
„Was sah er aus?“  
„Er sah aus wie ein Mann, der etwas zu tun hat.“  
„Was sah er aus?“  
„Er sah aus wie ein Mann, der etwas zu tun hat.“

### XVI.

Katholik glaubt, Jennesen Frau Rilde nicht. Alle Spuren zeigen ja auf Holger als Gravenhags Mörder. Und wenn ihre Behauptung richtig war, ist ja seine ganze Theorie zusammengefallen. Darum sagte er sich jetzt mit dem Polizeikommissar in Verbindung. Die Aufklärung, die er telephonisch erhielt, machte ihn sehr niederschmetternd. Es zeigte sich nämlich, daß Frau Rilde die Wahrheit gesagt hatte, Holger lag im Bett.  
Jennesen sah sich den Polizeikommissar an. Holger hatte sich vor ihm herum in einer Wirtschaft im Norden der Stadt aufgehalten, er war angefaßt und hatte ein leichtes Aussehen gezeigert, daß man ihn an die Luft setzte. Später hatte er sich in angestricheltem Zustand auf der Straße herumgelaufen und war schließlich von mehreren Schaulustigen überfallen und in der Polizeiwache gebracht worden.  
Dann kam Jennesen langsam voran:  
„Was hat die Frau Rilde zwischen Dr. Gravenhag und Ihnen behauptet, was Holger hatte vor Gravenhags Wohnung gemacht und was von dem Schußwund fortgeführt worden — weißt du aber was er nur durch einen Unfall dort vorbeigekommen.“  
„Dr. Gravenhag keine Bekanntschaft mit Professor Helter hatte, lag er bereits im Bett. Jennesen Freund konnte also nicht der Mörder sein.“  
„Wie Jennesen im Café Diphmann kam, war er aus dem Anzug seiner Lippen heruntergeworfen. Wo er den Mord im Diphmann sah, dachte er, daß das letzte Glied in der Kette der Geschehnisse sei und daß man sich nur noch Holgers Versteher müße. Bevor er aber Frau Rildes letztes Wort verließ, mußte er die ganze Theorie fallen lassen und begann sich von neuem in seinen Gedanken zu bewegen. Es lag eine lange und beschwerliche Unterredung vor ihm. Wenn er die Tatsachen, die er bis jetzt gesammelt hatte, zusammenstellte, dann lag eigentlich der Schluß nahe, — daß Professor Helter der Mörder war! In seiner Kältegefühl befand er sich einem Unglück mit hoher Wahrscheinlichkeit. Aber es war ja abgemacht, daß Professor Helter würde die Waise hinterlassen können. Gravenhag war noch ein Mann, der seine Ehre nicht aufgeben würde.“

ihre Haus nicht in die Morgeschichte verwickelt werden konnte, war sie mit Freuden bereit gewesen, ihr Wissen zur Verfügung zu stellen. Außerdem war es ein leichtes gewesen, von den Cafés und Restaurants, wo Gravenhag sich herumgetrieben hatte, Aufschlüsse zu bekommen.  
Jennesen hatte sich nun folgende Frage gestellt: Warum hatte Dr. Gravenhag so plötzlich die muntere Gesellschaft verlassen, die ihn ein Monat gefesselt hatte? Darauf fand er keine Erklärung. Hatte er einen Feind gehabt? Kein Zweifel, hatte er sich mit der lachenden Gesellschaft herumgelassen, weil er irgendeinen Kummer oder Verdruß zu verbergen suchte. Die Gesellschaft ihrerseits hatte auf seine Anwesenheit Wert gelegt, weil er eine ansehnliche soziale Stellung bekleidete und immer elegant auftrat. Es trank nicht viel und spielte nie hoch. In jenem letzten Abend, als er aus dem Kreis, der im Hotelhotel posierte, verdrängt wurde, hatte er nicht einmal ein Spiel mitgenommen, sondern nur neben jenem Oskar Winkler gesessen und gesprochen, unberührt, mit seiner bekannten ironischen Miene. Er hatte sich nicht verabschiedet, und keiner von den Anwesenden hatte seinen Fortgang weiter beachtet. Man hatte nur nach einer Weile festgestellt, daß er nicht mehr da sei.  
Jeden Jennesen die verschiedenen Auskünfte miteinander verglich, wurde es ihm klar, daß Dr. Gravenhag sich in jener Nacht, als er die muntere Gesellschaft verließ, zum erstenmal im Café Diphmann gesehen hatte. Warum hatte er sich dort gesehen? Er hatte sie auf dem Königsmarkt angeprochen und gefragt, ob sie ein Lokal wüßte, wo man ein Glaschen zusammen trinken könnte, und da Anna sah, daß er ein feiner Herr war, an dem man etwas verdienen konnte, hatte sie ihn mitgebracht. Damit hatten die letzten drei Tage und Nächte seines Lebens begonnen, anerkennend für einen Herrn von Dr. Gravenhags Gemüthsart. Jede Nacht gegen ein Uhr hatte er sich im Café Diphmann eingefunden, hatte seinen Mantel draußen an den Haken gehängt und war in das Lokal getreten, wo er auf einem Sofa unter einem roten Plüschen saß. Er bestellte stets ein Bier und dazu zwei Schnäpse und ein Glas Bier. Nachdem er auf das Glas blickte, lag er mehrere Augenblicke, die er mitbrachte, und dabei hatte niemand ihn gesehen, er antwortete nicht einmal, wenn jemand ihn ansprach.  
(Fortsetzung folgt.)





## Sozialdemokratische Partei

**Partei-Sekretariat:**  
**Gewerkschaftsbund, Zimmer 36**  
 Telefon: DSt 5082.

**Direkt 6.** Die Wiederholung unseres Kinderfestes findet Sonntag, den 5. Juli, bei Gohl, Klein-Bandau, statt. Treffpunkt 1.30 Uhr mittags bei Glaser, Bergstraße 22.

**Direkt 8.** Zur Flugblattverbreitung treffen sich alle Gewerksamen und Genossen am Sonntag, den 5. Juli, um 9 Uhr, bei Wob, Schweigerstraße 10.

**Direkt 11.** Die Flugblattverbreitung findet ausnahmsweise bei uns bereits Sonnabend, nachmittags 5 Uhr, statt. Alles muß im Distriktslokal, Hildebrandstraße 9, zur Stelle sein.

**Direkt 14.** Besondere Umstände zwingen uns, bereits am Sonnabend die Flugblattverbreitung vorzunehmen. Beginn 5 1/2 Uhr. Jedes Parteimitglied ist verpflichtet, sich bei Graf, Weitenstraße 37, zu dieser Zeit einzufinden.

**Direkt 15.** Sonntag, den 5. Juli, vormittags 9 Uhr, müssen alle Genossen zur Flugblattverbreitung bei Seinerich, Lindenstraße 39, erscheinen.

**Direkt 26.** Sonnabend, den 4. Juli, abends 8 Uhr, Zusammenkunft sämtlicher Kellner und des Komitees bei Gohl, Hildebrandstraße 13.

**Direkt 33.** Sonntag, den 5. Juli, treffen sich sämtliche Gewerksamen und Genossen mit ihren Kindern zum Kinderfest in Probst-Kloster bei Karol. Abends nachmittags 2 Uhr von Rache, Gedächtnisstraße 123. Regere Beteiligung erwünscht. — Sonntag früh 8 1/2 Uhr treffen sich alle Genossen zum Flugblattverbreiten bei Rache.

**Junglostatistik.** Sonabend, abends 7 1/2 Uhr, Arbeitsausbildung bei Genossin Ludwig, Wobstraße. Um 7 30 Uhr stattfindet Sitzung des Bezirksausschusses.

## Breslauer Nachrichten.

Breslau, 3. Juli.

### Wertworte für manchen Mitarbeiter.

Alles, was du schreibst, ist wichtig und formvollendet. Ablehnung eines Artikels bedeutet, daß man dich persönlich ablehnen will. Änderungen, Streichungen, Zusätze sind nur auf persönliche Unverständlichkeit des betreffenden Redakteurs zurückzuführen. Protestiere in jedem Falle!

Sende Manuskripte grundsätzlich ohne Klappzettel ein! Der Redakteur könnte sonst verärgert sein, die dir zurückgeschickten. Erhältst du einen Beitrag wegen des fehlenden Rückportos nicht zurück, hast du allen Grund, über Unmühsamkeit der Redaktion zu klagen.

Schreibe möglichst schlicht. Das sieht nicht befriedigend aus, geistreich zugleich aus und gibt zudem den Lesern Gelegenheit, sich im Handschriftendicken auszuüben. Du nimmst dadurch ihrer Arbeit alle Langeweile, Tinte, Zeit und andere Flecke erlösen den Rest eines Manuskripts ungemein.

Namen sind besonders unbedeutend zu schreiben. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß jeder Redakteur jeden Menschen und jeden Ort auf der Erde mit Namen kennt und richtig zu schreiben versteht. Wofür erhält er sonst sein Gehalt?

Wenn Du in einem Bericht wichtige Ziffern angeben hast, so schreibe zunächst eine falsche hin. Dann verbessere diese nicht dadurch, daß du sie ausstreichst und an den Rand des Manuskripts (einen solchen läßt du ja nicht frei) die richtige schreibst, sondern du verändere einfach, sagen wir, die Ziffer 62 in 83. Vielleicht fällt dir nachher ein, daß auch diese Ziffer falsch ist und du änderst sie in der gleichen Weise noch einmal. Aus dem dadurch entstehenden Tintenkleck wird der Redakteur schon die richtige Ziffer herauszufinden. Geht er ihm das nicht, dann hast du eine herrliche Gelegenheit, über die Oberflächlichkeit der Redaktion zu schreiben!

Wichtigste grundsätzlich die lächerliche Vorrichtung, Manuskripte nur einseitig zu beschreiben. Das Prinzip der Sparsamkeit verlangt, daß ein weißes Blatt Papier völlig d. h. alle zwei-seitig ausgenutzt wird. Was kümmern dich technische Notwendigkeiten!

Schreibe eng! Laß keinen Rand! Auch das trägt zur Papierersparnis bei und nimmt dem Redakteur die Möglichkeit zu Änderungen.

Bei Nachrichten brauchst du es mit der Wahrheit nicht so genau zu nehmen. Du zeichnest ja nicht verantwortlich für die Zeitung und trägst auch nicht die Gerichtsstrafen. Hierwödie Gefängnisauferhaltung ist dem Redakteur nur eine erwünschte Verlängerung seiner Ferien.

Anonyme Zuschriften sind selbstverständlich die größte Beachtung. Wenn sie leider auch nicht honoriert werden können, so geben sie doch Gelegenheit, seinen Gefühlen am ungehindertesten Luft zu machen. Beleidigungsprozesse sind dabei nicht zu befürchten. Schimpfe daher nach Herzenslust!

### „Erlaubte“ Anfrüchtarten.

Verschiedene Breslauer Papiergeschäfte können sich gar nicht genug damit tun, einem pp. Publikum Anfrüchtarten erlaubter Herrschaften in ihren Fenstern und Schaufenstern zu präsentieren. „Auchere liebe Kronprinzessin mit ihren beiden ältesten Söhnen im Kreise der Familie des Herzogs von Lothringen“ oder „Der Kronprinz als Jagdgast beim Grafen Humpfenfeld“ usw. usw. Auch Wilhelm aus Dorn, dem 1918 die Angst vor dem Tod fuhr, so daß er es vorzog, zu versterben, sollte natürlich nicht. Vor solchen Bildern steht der deutsche Michel und Spießer, macht den Mund auf und denkt an die glorreiche, alte Zeit. Jeder Einfältige aber betrachtet sich solche Karten mit gemäßigten Empfindungen, denn diese Leute haben sich, nachdem sie Deutschland ins Unglück geritten hatten, zum Teil so feige bekommen, daß man sich für ihren Anblick auf Postkarten bestens bedanken muß.

### Knappelungse belüßigt.

Das hat er doch schon immer getan — werden unsere Leser sagen. Woraus es zu erwidern ist: Ja, aber unbedacht, ich dagegen verhandelt er es selbst. Beschaut auch nur die Anfrüchtarten, und ihr werdet unter den Anfrüchtungen der jetzt fälligen Sommerfeste mit ehi deutschnationaler Gemütslichkeit auch geschmackvoll gerahmt (Marke: Deutscher, Schmiede dein Heim!) ein Plakat der Deutsch-Sozialen Partei beschaun können. In großen Lettern verhandelt es: „Hoffnungsprache des Parteiführers Richard Lange“ und blickt darunter, etwas kleiner und gleichsam zur Erläuterung: „Kinderbelegungen“. Na, gell! Und dann werden, wie es am Ende des Plakats heißt, „alle Anfrüchtungen“ erlösen. Hoffentlich sind sie noch sämtlich in dem Alter, daß die „Kinderbelegungen“ bei ihnen angebracht sind. Wir glauben es ja!

### Unzulässigkeit des Kaufmannsgerichts.

Ein Kellner hatte gegen seine Firma eine Klage beim Kaufmannsgericht eingereicht wegen Nichtzahlung von bereits bedienter Provision und verlor auch Weiterzahlung des Gehalts bis Ende September. Während der Verhandlung stellte sich aber heraus, daß dem Kläger keine Krankentage noch sonstige Versorgungsbeiträge abgezogen worden waren, er auch die Steuern selbst bezahlte. Er war daher kein Handlungsgehilfe im Sinne des Gesetzes, und seine Klage gehörte vor das Amtsgericht. Da sich Kellner zu erproben, so der Kläger dabei seine Klage vor dem Kaufmannsgericht zurück.

## Breslauer Stadtverordnetenversammlung.

### Die Vorkämpfer für die Rapp-Putsch-Mörderbande. — Keine Hundsteuerermäßigung. — Darlehen für die städtischen Beamten und Angestellten. — Das Zentrum gegen Darlehen für die städtischen Arbeiter.

Das Stadtparlament geht in die Ferien. Seine letzte Sitzung hat noch einmal jenes unruhige Bild, das wir gewöhnt sind, seitdem die Mehrheitsverhältnisse unklar sind. Hinweise und Wünsche für Neuwahlen in nicht allzu weiter Ferne wurden darum mehrmals laut, zumal die Tagesordnung genug Konfliktstoff bot. Die vom Magistrat abgelehnte Ermäßigung der Hundsteuer rief Freunde und Gegner auf den Plan, freilich nur mit dem Erfolg, daß die Angelegenheit nochmals in den Ausschüssen behandelt werden soll. Schärfster wurde der Kampf bei der Entscheidung über das Denkmal für die 22 beim Rapp-Putsch von völkischen Mördern hingerichteten Arbeiter, das am Striegauer Platz errichtet werden sollte. Den Deutschnationalen war bei der ganzen Angelegenheit nicht sehr wohl zumute, waren doch jene 22 Arbeiter für dieselbe schwarz-rot-goldene Republik hingemordet worden, die Hindenburg mit seinem schwarz-weiß-rot-goldenen Gide zu schützen gelobt hat. Der Volksparteiler Sauermann mußte darum für die Deutschnationalen reden, während Herr Thum zu schweigen beschloß. Auf die Parole dieser „Helden“, daß ein Denkmal, wie das geplante, den „Klassenhaß“ fördere, fiel natürlich das Zentrum herein, das überhaupt während der ganzen Sitzung sich im Herinfällen übte. Genosse Darr wies unter betrieblen Schweigen der hürgerlichen Parteien darauf hin, daß diejenigen, denen das Denkmal unangenehm ist, sich auf eine Stufe mit den Mördern stellen, die noch heute ungekraftet sich unter der Breslauer Bevölkerung bewegen. Demen muß allerdings das Denkmal für die Ermordeten ein Stachel sein. Den Höhepunkt der Erregung erreichte die Beratung, als der völkische Scholz es wagte, sein Bedauern darüber auszusprechen, daß „der Rapp-Putsch leider erfolglos geblieben“ sei! Der deutschnationale Stadtverordneter Vorsteher Friedrich hielt es nicht für notwendig, gegen diese ungeheuerliche Erklärung, die eines Stadtverordneten absolut unwürdig ist, einzuschreiten, ebenso wie er nach der Abstimmung zwar Mißrause über die Ablehnung der Denkmalserrichtung rügte, aber das Brano eines feiner Parteifreunde nicht beachtete. In edler Gemeinschaft mit den völkischen Verteidigern der Rapp-Putsch-Mörder lehnten dann Deutschnationale, Volksparteiler und Zentrum die Errichtung des Denkmals ab. — Das Zentrum hatte überhaupt einen unglücklichen Tag. Der Stadtverordnete Prapilla wollte absolut eine ungeschickliche Maßnahme durchdrücken, ohne die Bräden zu beachten, die ihm von allen Seiten gebaut wurden. Mit Recht wurde mehrfach darauf hingewiesen, daß sein Parteifreund Alletotte im Reichstag für die Aufhebung des Besoldungssperregesetzes hätte eintreten müssen, dann wären alle Verluste Prapillas, den städtischen Beamten — für die städtischen Arbeiter etwas zu tun, lehnte seine Partei wohl aus sozialer Gerechtigkeit, ab! — eine Wirtschaftsbeteiligte zu verschaffen, nicht erst nötig gewesen. Wenn die städtischen Angestellten und Beamten noch in den nächsten Tagen ein solches Darlehen von 100 Mark erhalten, so danken sie es der Vernunft der übrigen Versammlung. Wäre der Antrag des Zentrums tatsächlich geworden, hätten sie keinen Pfennig bekommen. Daß die städtischen Arbeiter nichts erhalten, dürfen sie dem Zentrum danken.

### Die abgelehnte Ermäßigung der Hundsteuer.

Stadtv. Gochlich (Dnat.) berichtete über den ablehnenden Standpunkt des Magistrats, die Hundsteuer nach dem Beschluß der Stadtverordneten zu ermäßigen. Er billigt den Standpunkt des Magistrats, trotzdem auch seine Parteifreunde für die Ermäßigung gestimmt hatten.

Stadtv. Wolf (Ztr.) steht der Ermäßigung sympathisch gegenüber, weist allerdings auf die zwei Seiten der Frage hin und hält darum eine nochmalige Ausschusssberatung, die vor allem die Deckungsfrage regeln müßte, für notwendig.

Stadtv. Stoye (Soz.) hält den Weg, den der Magistrat einschlägt, für verfehlt. Erst begründete man eine Erhöhung der Hundsteuer mit der Absicht, die Zahl der Hunde in Breslau zu verringern, und jetzt will man möglichst viel Hunde haben, um sie als reichliche Steuerquelle zu benutzen. Durch eine hohe Hundsteuer erdrückt aber der Magistrat sein eigenes Steuerobjekt. Der gefällige Ausfall von 200 000 Mark ist für den irreführend, weil bei dem gegenwärtigen hohen Satz viele Leute auf ihren Hund werden verzichten müssen, die ihn bei einem niedrigen Satz behalten hätten. — Die Meinung der Versammlung ist geteilt, trotzdem findet sich eine Mehrheit für die Ausschusssberatung.

### Das Denkmal für die 22 beim Rapp-Putsch ermordeten Arbeiter.

Stadtv. Waage (Soz.) als Ausschussberichterstatter gibt den Beschluß des Ausschusses bekannt, das Denkmal nicht zu errichten.

Stadtv. Saemann (Dnt.) lehnt daran die Denkmalserrichtung ab, weil es eine Aufreizung zum Klassenhaß bedeute, zumal die geplante Errichtung am Striegauer Platz deutlich für diese Absicht spreche. Bei der Aufzählung der Summen, die das Denkmal kosten würde, lieber für die Hinterbliebenen zu verwenden, muß er sich aus der Versammlung heraus den Zutritt gefallen lassen, das solle erst einmal bei den unglücklichen Kriegerdenkmälern geschehen.

Stadtv. Darr (Soz.) bedauert den Beschluß des Ausschusses. Die Mörder laugen noch unter der Herrschaft des Kaiserreichs herum. Sie werden nicht erwürgt, wie das bei den Mordkreisen üblich ist. Das Denkmal soll nicht aufpassen. Den Putsch haben ja die Mörder gemacht! Es gibt allerdings Bürger in Breslau, denen die Erinnerung an den Rapp-Putsch sehr unangenehm ist. Es besteht ein Unterschied zwischen den Kriegsverweigerern und den hier geplanten. Das ist die Größe einer Ehrung der Kriegesgefallenen, aber nicht in einer Beweihrückung des Krieges. Dagegen soll das Denkmal für die Ermordeten späterer Generationen einmal daran erinnern, daß von „nationalen“ Kriegen hingenommen wurde, die die deutsche Republik zerstörten. Das Denkmal soll ein Zeichen dafür sein, daß im zwanzigsten Jahrhundert „antimilitarische“ Mörder neben mit den Methoden des Mittelalters hantieren.

Stadtv. Seidemann (Komm.) unterstützt die Vermittlungsausgänger des Ausschusses Darr und Wolf, die

andere Dinge in diesen Wochen gerade von den Reichsparteien der Klassenhaß geschürt wird. Volkswacht und Aufwertungsbeitrag zeigen der Arbeiterschaft deutlich den ungeheuren Ausbeutungskampf, den die arbeitenden Schichten gegen die Armen führen.

Stadtv. Scholz (Dnt.) wagt dann unter starker Erregung der Versammlung, sich auf die Seite der Mörder zu stellen, und seinem Bedauern über den Mißerfolg des Rapp-Putiches Ausdruck zu geben, wofür ihm

Stadtv. Waage (Soz.) die richtige Antwort erteilt, indem er feststellt, daß in diesem Hause ein Stadtv. ordneter sich schuldig vor dieselben völkischen Mörderbanden stelle, die dann seine Flüchten und nicht den Mut haben, sich zu stellen. Herr Thum macht dabei den Zwischenruf, die Regierung sei damals auch gescheitert. Aber sie ist juristisch, antwortete ihm Genosse Waage, während Jahre völkischen Freunde, die Mörder der 22, noch heute nicht wieder da sind! Die Arbeiterschaft braucht keine Anreizung zum Klassenhaß, die deutschnationale Reichsregierung juristisch selbst dafür, daß die Klust zwischen den Herrschenden und den arbeitenden Volks von Tag zu Tag immer fürchterlicher wird.

Stadtv. Seppel (Ztr.) geniert sich doch ein wenig, gegen die Errichtung des Denkmals zu sprechen und tut es nur unter lauten Beifall und Äbtern. Ein anderer Ort für die Aufstellung wäre besser, die Inschrift der Gedenktafel müsse erst vom Zentrum genehmigt werden usw. Bei der Abstimmung jedoch stimmt das Zentrum treu vereint mit den völkischen Mörderfreunden Scholz und den Deutschnationalen gegen die Denkmalserrichtung. Die Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten, Kommunisten und Bodenreformer genügen nicht, die Ablehnung zu verhindern.

**Darlehen für die städtischen Angestellten und Beamten.**  
 Stadtv. Hammon (Komm.) begründet einen Dringlichkeitsantrag des Ausschusses 8, den bei der Stadterhaltung in ungenügender Stellung beschäftigten Beamten und Angestellten mit eigenem Hausstande mit einem Grundgehalt und Wohnungsgeld bis zum Betrage von 165 Mark monatlich ein Darlehen von 100 Mark zu gewähren.

Stadtv. Prapilla (Ztr.) stellt dazu einen Abänderungsantrag, nicht Darlehen zu gewähren, sondern Wirtschaftsbeteiligte. Er weist zwar, daß eine derartige Maßnahme ungeschicklich ist, und daß sie entweder vom Magistrat nicht gebilligt oder zum mindesten dem Einpruch der Regierung erliegen würde, doch hindert ihn das nicht, eine lange Rede zum Fenster hinaus zu halten und von Beamtenfreundlichkeit überzuleiten. Die Rechnung, derartige Darlehen seien doch viel besser im Reichstag durch seinen Parteifreund Alletotte entscheidend beeinflussten, ist ihm sehr unangenehm.

Der Oberbürgermeister macht ihm umsonst auf die Unmöglichkeit seines Antrages aufmerksam und erklärt, den Angestellten und Beamten wäre mit der Annahme des Antrages nicht im geringsten geholfen, da der Beschluß doch nicht durchgeführt werden könne. Im übrigen sei ein derartiger Beschluß dann auch für die Arbeiter herbeizuführen, die ja oft noch lange nicht 165 Mark monatlich erhalten!

Stadtv. Darr (Soz.) stellt fest, daß die Sozialdemokratie immer geneigt war, den unteren Beamtenklassen zu helfen. Der Antrag Prapilla ist aber keine Hilfe. Gerade weil die Not der Unterbeamten so groß ist, kann nur der vom Ausschuss beantragte Weg gegangen werden. Wenn dagegen der Antrag Prapilla durchgeht, bekommt kein Mensch auch nur einen Pfennig.

Stadtv. Kohnstorf (Komm.) stellt einen Zusatzantrag, der den städtischen Arbeitern die gleichen Vorteile verschaffen will, wie den Beamten und Angestellten. — Nach einer langen und heftigen Debatte, in der sich jedoch der Stadtv. Prapilla von der Unrichtigkeit seines Standpunktes nicht überzeugen läßt, wird der Antrag Prapilla abgelehnt und der Ausschuss beauftragt, die Gewährung eines Darlehens anzunehmen, und zwar mit den Änderungen, daß das Darlehen zinslos ist und die Bestimmungen über den Termin der Rückzahlung gekürzt werden. Der Antrag, den städtischen Arbeitern das gleiche zu gewähren, für den auch die Sozialdemokratie eintrat, verfiel durch die ablehnende Stellungnahme des Zentrums der Ablehnung.

### Überführung von Fahrpersonal der Straßenbahn und von gelernten Arbeitern in das Angestelltenverhältnis.

Stadtv. Braun (Dnat.) begründet den Ausschussantrag auf Überführung des Fahrpersonals der Straßenbahn, der Angestellten und gelernten Arbeiter der Stadt, die länger als 20 Jahre bei der Stadt dienen, in das dauernde Angestelltenverhältnis. — Seinem Beispiel folgten, halten die Redner der bürgerlichen Parteien und der Kommunisten große Reden an die zahlreich anwesenden Straßenbahner. Lediglich

Stadtv. Waage (Soz.) weist darauf hin, daß nicht nur für die Straßenbahner getagt wird. Die Sozialdemokratie lehnt es im Ausschuss durch, daß Angestellte und gelernte Arbeiter dieselben Vorteile erhalten. Außerdem ist die Entwicklung in dieser Richtung nicht abgeschlossen. Die Bestimmung, mit allen übrigen Straßenbahner und städtischen Arbeitern mit mindestens zehnjähriger Dienstzeit bis zum Eintritt besserer wirtschaftlicher Verhältnisse einen sogenannten „kleinen Angestelltenvertrag“ abzuschließen, ist sehr ausbaufähig. — Die Vorlage wird angenommen.

Bei der Vorlage, betreffend Vermietung einer Fläche am Kaiserplatz an den Evangelischen Verein für Innere Mission bemerkt Stadtv. Ritter, daß man dieser. Ergehen nicht mitgeben solle, weil derartige Vereine das Entgegenkommen dazu brauchen, auch Baukostenzuschüsse usw. anzufordern. Oberbürgermeister Dr. Wagner erklärte, daß eine Beteiligung der Stadt an den Baukosten oder an deren Amortisation grundsätzlich abgelehnt werde. Helfen sei jedoch Menschenpflicht. Die Vorlage wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Genehmigt wurde auch ein Dringlichkeitsantrag des Ausschusses, nach dem zur Gewinnung von 15 Millionen Mark für die Errichtung von 12 000 Wohnungen für Arbeiter in der Stadt von 218 000 Mark der Stadtgesellschaft Breslau A.-G. als erste Hypothek auf die zu überlassenen Häuser auf zehn Jahre gegeben werden. Die erforderlichen Mittel seien aus den Mitteln der Rücklagen der Verwaltung der Straßenbahn einzuheben.

Dieser Vorlage wurde angenommen wurden folgende Vorlagen: Bewilligung von 12 000 Mark für die Errichtung des Rathes der Stadt, Errichtung einer Wäscherei mit 2000 Plätzen an der Fürstlich-Babiarth-Grundstücke, Bewilligung von 200 000 Mark für die Errichtung von 1000 Wohnungen im Stadtbezirk, Bewilligung von 100 000 Mark für die Errichtung von 1000 Wohnungen im Stadtbezirk, Bewilligung von 100 000 Mark für die Errichtung von 1000 Wohnungen im Stadtbezirk, Bewilligung von 100 000 Mark für die Errichtung von 1000 Wohnungen im Stadtbezirk.





# Eine Sensation

Dorndorf      Dorndorf

ist unser  
**Saison-Ausverkauf**  
vom 4. - 14. Juli

**Beachten Sie die Auslagen  
in unseren Schaufenstern  
Riesige Auswahl!  
Bekannt hervorragende  
Qualitäten!  
Unglaublich billige Preise!**

**Kommen,  
sehen,  
kaufen.**

# Dorndorf

## Stadttheater.

Ensemble-Gastspiel  
von Mitgliedern des  
Wiener Burgtheaters  
Freitag, den 3. Juli, 8 Uhr:  
**Die Kinder.**  
Sonnabend, den 4.  
Sonntag, den 5. Juli, 8 Uhr:  
**Jolandas letztes  
Abenteuer.**  
Montag, den 6. Juli, 8 Uhr:  
**Der Weibsteufel**  
Dienstag, d. 7. Mittwoch, d. 8.  
Donnerstag, den 9. Juli, 8 Uhr:  
**Der Diebhaber.**

## Fahrräder

in allen Preislagen.  
Teilzahlung gestattet.  
**Citrich**  
Breite Straße 43.

## Pfänder-Auktion

den 9. Juli.  
Johannes Grundmann,  
Lehrbühner Straße Nr. 21.

Der große Militär- und Sittenfilm  
von dem ganz  
**Breslau spricht**

Täglich  
losender  
Beifall

Ab-Lichtspiele  
Promenaden-Theater

Ab heute  
**2. Woche**  
verlängert

# Reveille

2 Militär-Kapellen in Husaren-Uniform

BRESLAUER  
**WELT-BÜHNE**

Friedrich-Wilhelm-Str. 35 (vorm. Marmorhaus).  
Beginn 6 und 7/9 Uhr, Sonntags ab 1/2 Uhr!

Das fabelhafte  
**Doppelprogramm!**

„Der gepfändete Seehund“

Das alles überragende Sensationslustspiel

des Jahres!

Sie verlieren den Atem!!  
Sie lachen sich krank!!

Ferner:

**Der unersättliche Räuber**

„Chu-Chin-Chow“.

Ein orientalisches märchenhaft prächtiger Großfilm.  
Mit Großes Orchester unter Fr. Heppner.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold  
Ortsverein Obernigk.

4. u. 5. Juli bei Gustav Geilke:

**Gründungs-Feier**

verbunden mit

**Garten-Fest.**

Republikaner! Unterstützt durch einen Sonntag-  
Anstieg nach Obernigk unsere Feier.

Republikaner! Unterstützt durch einen Sonntag-  
Anstieg nach Obernigk unsere Feier.

Republikaner! Unterstützt durch einen Sonntag-  
Anstieg nach Obernigk unsere Feier.

Republikaner! Unterstützt durch einen Sonntag-  
Anstieg nach Obernigk unsere Feier.

Republikaner! Unterstützt durch einen Sonntag-  
Anstieg nach Obernigk unsere Feier.

Republikaner! Unterstützt durch einen Sonntag-  
Anstieg nach Obernigk unsere Feier.

Republikaner! Unterstützt durch einen Sonntag-  
Anstieg nach Obernigk unsere Feier.

Republikaner! Unterstützt durch einen Sonntag-  
Anstieg nach Obernigk unsere Feier.

Republikaner! Unterstützt durch einen Sonntag-  
Anstieg nach Obernigk unsere Feier.

Republikaner! Unterstützt durch einen Sonntag-  
Anstieg nach Obernigk unsere Feier.

Republikaner! Unterstützt durch einen Sonntag-  
Anstieg nach Obernigk unsere Feier.

Republikaner! Unterstützt durch einen Sonntag-  
Anstieg nach Obernigk unsere Feier.

Republikaner! Unterstützt durch einen Sonntag-  
Anstieg nach Obernigk unsere Feier.

Republikaner! Unterstützt durch einen Sonntag-  
Anstieg nach Obernigk unsere Feier.

Republikaner! Unterstützt durch einen Sonntag-  
Anstieg nach Obernigk unsere Feier.

Republikaner! Unterstützt durch einen Sonntag-  
Anstieg nach Obernigk unsere Feier.

Republikaner! Unterstützt durch einen Sonntag-  
Anstieg nach Obernigk unsere Feier.

Republikaner! Unterstützt durch einen Sonntag-  
Anstieg nach Obernigk unsere Feier.

Republikaner! Unterstützt durch einen Sonntag-  
Anstieg nach Obernigk unsere Feier.

Republikaner! Unterstützt durch einen Sonntag-  
Anstieg nach Obernigk unsere Feier.

Schlesisches Landesorchester.

Heute Freitag, abends 7 1/2 Uhr: 3145

**Südpark-Konzert**

Wagner-Raff-Abend.

Leitung: W. Mandy. Eintritt 60 Pf.

Unwiderstehlich  
nur bis  
den Montag!

**Henny Porten**

in ihrem besten Großfilm als

„Gräfin Bonelli“

Ein Roman aus dem Leben.

Ferner: 311

Der große Auslandsfilm

„Arme Verwandtschaft“

Sonntag 3 Uhr: Dr. Hinderkühn

„Arme Verwandtschaft“

und Gräfin.

Freitag 3 Uhr. Eintritt nur 20 Pf.

Freitag bis Montag: 3120

**Henny Porten**

in dem Großfilm

„Die Geliebte von Brindani“

5 große Akte. Ferner:

„Ein Wildwestfilm“

in 2 Akten und guten Holzregenen.

Beginn: Wochentags 6 Uhr, Sonntag 4 Uhr

52. Letzte Vorstellung 1/2 9 Uhr 52

Freitag bis Montag: 3120

Freitag bis Montag: 3120

Eine  
**Reford-  
Leitung**

zu mein diesjähriger

**Saison-  
Ausverkauf**

Beginn den 31. 6.

Weiterhin bis zum

Ende der Saison

Bestehend aus:

Stoffen

Mäntel

kleider

Stoffe

Regen-Mäntel

Gumm-Mäntel

bis zu

Drucke

des neuesten Modells

ausgezeichnete Qualität

Exzellenz bekanntes

Ungleichgewicht

**Aschner**

55 Marktstraße 55

1. und 2. Stock

Telefon 3120

**An die Bevölkerung!**

**Aufent**

der Dampfschiffahrts-Reederei

**Rudolf Kattein, Breslau.**

Da ich das unmittelbare Kassieren bei meinen Fahrgästen

während der Konzerttage in Wilhelmshafen auf meinen

**öffentlichen Verkehrs-dampfern**

und Landungsprähmen unterjagt habe, hat sich der Rächer

des Restaurants Wilhelmshafen, Herr Böttner, veranlaßt gesehen,

meinen Fahrgästen den Zutritt in Wilhelmshafen zu erschweren.

Da dieses Vorgehen ohne Dampferverbindung, wie viele

Andere bestätigen können, eine Unmöglichkeit ist, versucht

Herr Böttner auf die Fahrgäste der Reederei Kattein

insofern einen Druck auszuüben, als er den Verkehr im Ober-

wasser durch eine kleine Konkurrenzfirma an den Konzerttagen

aufrechtzuerhalten sucht.

Sollten meinen Fahrgästen irgendwelche Schwierigkeiten

durch Aufsprüngen von besonderen Eintrittsgeldern seitens des

Restaurants Wilhelmshafen, beim Herrn Böttner entstehen,

so verweise ich auf das neben Wilhelmshafen herrlichst gelegene

Kaffee-Milzwe. Alle meine Fahrgäste werden dort einen

herrlichen, idyllischen Garten vorfinden und sich dort bestimmt

aufrecht wohl fühlen. Außerdem wäre noch ein Besuch des

Hotel-Bad-Restaurants des Herrn Neugebauer, gegenüber

Wilhelmshafen, empfehlenswert.

Ferner erkläre ich mich bereit, falls an diesen Konzert-

tagen meinen Fahrgästen beim Aussteigen in Wilhelmshafen

Schwierigkeiten bereitet werden,

**ohne Zuschlag nach Steine u.**

**Margareth u. zurück zu fahren.**

**Reederei Rudolf Kattein.**

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

7169

71



## Gewerkschaftsbewegung.

### Der Abschluß des Kampfes im Holzgewerbe.

Zu den am 26. und 27. Juni in Berlin getroffenen Vereinbarungen ist nunmehr die endgültige Zustimmung der Arbeitgeberparteien erfolgt, und damit ein Kampf zu Ende führt, der in seinem Verlauf und seinem Ergebnis auch über die Kreise der Holzarbeiter hinaus von Bedeutung ist. Den Ausgang nahm diese Bewegung in Schlefien, wo die Holzarbeiter nunmehr zwölf Wochen lang in Streik und Ausperrung standen. Weil die Holzarbeiter in Schlefien nicht klein zu kriegen waren und damit auch das Allheilmittel der bezirklichen Regelung für die Unternehmer verfiel, sollte der Deutsche Holzarbeiterverband durch die angeordnete Generalausperrung über ganz Deutschland, geschlagen werden. Damit hatte sich der Kampf in Schlefien zu der großen entscheidenden Auseinandersetzung ausgewachsen. Daß dabei der Holzarbeiterverband nicht unterlegen wurde, war für jeden Kenner der festgesetzten und gut funktionierenden Organisation der Holzarbeiter und ihrer begeisterten Disziplin von vornherein klar. Neben dem moralischen und materiellen Erfolg für die Holzarbeiter, hatte der Abschluß des Kampfes noch das Ergebnis, daß das im vergangenen Jahre von den Unterverbänden des Arbeitgeberverbandes (gegen die bessere Disziplin ihrer Zentralstelle) geschlossene System der zentralen Vertrags- und Lohnregelung, wieder eingeführt werden soll. Die nunmehr abgeschlossenen Lohnabkommen laufen alle bis 15. bzw. 16. Oktober 1925. Die Ergebnisse in den einzelnen Bezirken sind ersichtlich aus folgender Tabelle:

Bezirk	bisheriger Lohn (in Pfennigen)	der Lohn wird erhöht	fortw. Mitte August
Bagern	82	86	94
Birziemberg	78	86	94
Baden	77	84	92
Hessen, Hessen-Nassau	92	95	102
Lalle	74	86	94
Rheingebiet	83	95	95
Bergisches Land	83	93	95
Köln	100	103	109
Düsseldorf	85	97	103
Hamburg	87	98	103
Schleswig-Holstein	80	88	93
Sachsen	78	88	95
Hüringen	69	76	85
Schlefien (außer Breslau)	57	70	75
Brandenburg	68	75	77

Die zweite Lohnhöhung tritt in Schlefien am 1. August, die dritte vom 20. August in Kraft. Die Arbeitgeber von Breslau waren zu den Verhandlungen in Berlin nicht erschienen, es wurde deshalb nur für das übrige Schlefien und zwar mit dem Spitzenlohn für die III. Ortsklasse (Liegnitz, Görlitz usw.) der Lohn festgesetzt. Für das Industriegebiet Waldenburg liegt der tarifliche Durchschnittslohn 5 Prozent über der III. Ortsklasse und für Breslau nach dem Prozentschlüssel 9 Prozent über der III. Ortsklasse. Da für Breslau das bestehende Lohnabkommen noch bis 10. Juli läuft, sind hier noch besondere Vereinbarungen notwendig.

Mit Ausnahme von Hessen, Hessen-Nassau, Köln, Düsseldorf und Hamburg, wo die 1. Lohnklasse in Frage kommt, und Schlefien und Brandenburg, wo die 3. Lohnklasse in Frage kommt, gilt bei den Angaben für die Landesbezirke die 2. Lohnklasse.

Die Abstimmung der Holzarbeiter über die tariflichen Vereinbarungen hat im ganzen Reihe Zustimmung und damit den Willen zur sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit ergeben. Es ist damit zu rechnen, daß die Holzarbeiter, soweit sie nicht schon in die Betriebe zurückgekehrt sind, Ende dieser Woche, spätestens aber am Montag die Arbeit wieder aufnehmen.

### Der internationale Eisenbahnerkongreß.

Genf, 2. Juli. Auf dem internationalen Eisenbahnerkongreß, der am Mittwoch in Bellinzona zusammengetreten ist und an dem 21 Staaten mit 100 Vertretern teilnahmen, sprach für die Eisenbahner Ärens Serma von Holländisch-Indien. Nach seinen Angaben haben die chinesischen Eisenbahner fünfzehn Stunden Dienst täglich bei 12 Dollar Monatslohn. Der Streik wird mit Waffengewalt unterdrückt. Die Gewerkschaften sind noch sehr schwach. Sardinien: Italien berichtet über die Auflösung des italienischen Eisenbahnerverbandes. Mussolini hat 60 000 Eisenbahner entlassen und dadurch stillos gemacht. Der Kongreß forderte die Einführung des Achthunderttages für die Eisenbahner.

Außerdem sprach sich der Kongreß für die Verstaatlichung der Eisenbahnen und gegen ihre Überführung in Privatbetriebe aus. Schließlich trat der Kongreß für die Ratifikation des Washingtoner Abkommens ein.

### Der Tarifvertrag im obereschlesischen Bergbau gekündigt.

Der Arbeitgeberverband der obereschlesischen Montanindustrie hat den Tarifvertrag wegen angeblich kümmerlicher wirtschaftlichen Verhältnissen gekündigt. Es wird beabsichtigt, eine zehnprozentige Lohnherabsetzung vorzunehmen.

Die obereschlesischen Bergarbeiter kämpften seit langem für eine geradezu erbärmliche Bezahlung. 100 Mark Verdienst im ganzen Monat gelten schon als außerordentlich. 55 Mark und weniger an monatlichen Einnahmen sind keine Seltenheit. Der Durchschnittslohn betrug kaum 17 Mark wöchentlich. Man stelle sich vor, was den Arbeitern dann bei einem zehnprozentigen Lohnabzug verbleibt.

### Bauarbeiter streik auch in Leipzig.

Leipzig, 2. Juli. Die Bauarbeiter sind heute in den Kampf getreten. Dieser können etwa 6000 Mann. Die Zimmerleute haben beschlossen, sich morgen dem Streik anzuschließen. Auch die Metallarbeiter wollen morgen abend in den Streik treten. In Leipzig sollen etwa 20 Werkbetriebe betroffen werden.

### Kampf im Chemnitzer Baugewerbe.

Nachdem die für das Chemnitzer Baugewerbe geführten Verhandlungen zu einem neuen Abkommen an bezirklicher Stelle vollständig erschöpft und an dem Verhalten der Unternehmer endgültig gescheitert sind, hat die Mitgliederversammlung der Baugewerkschaft Chemnitz des Baugewerksbundes am 29. Juni mit überwältigender Mehrheit den Streik beschlossen.

Trotzdem haben die örtlichen Leitungen des Baugewerksbundes und des Zimmererverbandes in letzter Stunde den Versuch unternommen, die schwebenden Streitfragen mit den hiesigen Arbeitgebern beizulegen.

Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe hielt es trotz des Grades der Lage gar nicht für notwendig, sich auf irgendeine Verhandlung einzulassen. Die Bauarbeiter haben die richtige Antwort darauf gegeben und die Arbeit an allen Hoch- und Betonbauten niedergelegt. Die Verantwortung für die Folgen des Kampfes trifft einzig und allein das Unternehmerium.

### Biegeleiarbeiterstreik in Köln.

Der Biegeleiarbeiter in Köln hat eine Verschärfung erfahren. In einer gemeinsamen Vertrauensmännerkunft der Gewerkschaften wurde einstimmig beschlossen, den Streik auf sämtliche Biegeleien im Kölner Bezirk auszuweiten. Alle Biegeleien stehen still, auch die der Stadt Köln. Bei dem Schlichter fanden inzwischen Verhandlungen statt, die allerdings ergebnislos verliefen.

Der Schlichter für das Rheinland fällt für die Kölner Metallindustrie einen Schiedsspruch, durch den die Löhne um 4 Prozent erhöht werden sollen. Die Geltungsdauer dieser Lohnregelung war bis zum 31. Dezember 1925 vorgesehen. Der Schiedsspruch wurde von allen beteiligten Gewerkschaften abgelehnt.

### Metallarbeiterstreik in Belgien.

Brüssel, (Eigener Drahtbericht.) Am Mittwoch ist in der gesamten Metallindustrie der Streik ausbrochen. Die Arbeiter lehnten überall das vorgeschlagene Kompromiß und jeden Lohnabzug mit erdrückender Mehrheit ab. Am Mittwoch fanden in allen Industriegebieten, namentlich in Charleroi, große Demonstrationsumzüge der Streikenden statt.

### Die französischen Bergarbeiter vor einem Generalkrieg.

Paris, 2. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Kongreß der französischen Bergarbeiter in Carmaux hat in seiner Schlußsitzung eine Entschließung gefaßt, daß am 27. Juli auf sämtlichen Höhen die Arbeit niedergelegt werden soll, wenn nicht bis dahin die kürzlich trotz steigender Feuerung von den Bergwerksgesellschaften herabgesetzten Löhne in ihrer früheren Höhe wiederhergestellt sind.

### Streik in den Arsenikhöfen von Reichenstein.

Die Arsenikhöfenleute in Reichenstein, Kreis Frankenstein, befinden sich seit dem 29. Juni im Streik. Als die Firma sich weigerte, die laut Betriebsvereinbarung anerkannten Löhne zu zahlen, so blieb der Arbeiterstreik kein anderes Mittel übrig.

Der Streik ist vom Hauptverband des Fabrikarbeiterverbandes genehmigt und finanziert. Zugang nach Reichenstein ist ferngehalten, arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck ersucht.

### Wir schöpfen Atem.

Eine in jeder Hinsicht musterartige, gewerkschaftliche Zeitschrift hat unter obigem Titel vor kurzem der Deutsche Textilarbeiter-Verband herausgegeben. Auf knapp 60 Seiten ist eine Fülle besser gewerkschaftlicher Jugendliteratur aufgesammelt, geschmückt mit Zeichnungen der Meisterhand Käthe Kollwitz. Eine Inhaltsangabe würde trotz ihrer Reichhaltigkeit nur eine schwache Vorstellung geben von der Schrift, die vor allem anregt und anleitet zum Lernen, Denken und Träumen, die hineinführt in die Tiefen der kapitalistischen Produktion, hineinleuchtet in die Technik der Textilindustrie, einen Ausblick auf die Geschichte und Bedeutung der Arbeiterbewegung, insbesondere der Textilindustrie gestattet, ohne nur ins Behrliche zu verfallen, ohne das Recht der Jugend auf Schönheit, Sturm und Drang zu vernachlässigen, und alles das zu verbinden mit dem Alltag der Arbeit. Unsere Gewerkschaften haben seit Überwindung der fürchterlichen Inflation besonders in geistiger Beziehung manche beachtenswerte Leistung aufzuweisen, unter denen „Wir schöpfen Atem“ besonders bemerkt zu werden verdient.

Die Schrift ist zu beziehen von der Textil-Paris, Verlagsgesellschaft m. b. H. Berlin O. 34, Memeler Straße 8/9, zum Preise von 1 Mark.

Johannistag der Buchbinder in Münsterberg. Zu einer letzten Besprechung trafen sich die Mitglieder der Vergütungskommission sowie die Ordner heute Freitag, abends 6 1/2 Uhr, im Büro. Teilnehmerkarten für Mitglieder 1,50 Mark, Angehörige und Gäste 3 Mark. Kinder bis zu 10 Jahren 1,50 Mark, sind nur noch bis Sonnabend 4 Uhr im Verbandsbüro zu haben.

## Wirtschaft.

### Die internationale Kohlenproduktion.

Von Frank Hodges.

Der kürzlich zum hauptamtlichen Sekretär der Bergarbeiter-Internationalen berufene englische Bergarbeiterführer Frank Hodges äußerte sich über die gegenwärtige Situation auf dem Gebiete des Kohlenbergbaues und die Aufgaben der Bergarbeiter-Internationalen wie folgt:

Die kritische Situation des britischen Kohlenbergbaues, die insbesondere durch die Arbeitsverhältnisse im Bergbau zum Ausdruck kommt, kann nur unter Einbeziehung der internationalen Situation des Kohlenbergbaues verstanden werden. Mehr als der Kohlenbergbau irgendeines anderen Landes ist der britische mit seiner hochentwickeltesten Spezialisierung nach der Exportseite hin von der Gesamtsituation des Kohlenhandels der Welt unmittelbar abhängig. England pflegte vor dem Krieg rund ein Drittel seiner gesamten Kohlenproduktion zu exportieren. Sein Export ist heute 20 Millionen Tonnen weniger als vor dem Krieg bei einer Abnahme der Kohlenproduktion selbst um rund 17 Millionen T. Es wird in diesem Land (England) aber bei der Diskussion der augenblicklichen Verhältnisse, die nicht ganz ohne Schuld der englischen Industrie entstanden sind, vielfach übersehen, daß es sich hier nicht nur um eine Erzeugnisfrage handelt, die lediglich Großbritanniens betrifft. Unter Exportabgang hat nicht nur England, sondern auch Amerika zu leiden und insbesondere das Deutsche Reich. Deutschland wird, trotzdem es infolge seiner Beziehungen an Reparationsstoffe eine ständig fließende Exportquote hat, in diesem Jahre z. B. — falls die Ziffern der ersten Monate auf das ganze Jahr übertragen werden können — einen Exportabgang von nicht weniger als 14 Millionen Tonnen zu verzeichnen haben.

Die Nachfrage nach Kohlen aus den alten Exportzentren ist heute aber in der ganzen Welt geringer als vor dem Krieg. Zunächst haben Länder wie Ostindien, Japan, China, Australiens, Afrika, seit 1914 ihre eigene heimische Kohlenenerzeugung bedeutend gesteigert. Die außerordentliche In-

dustrialisierung, die in diesen Ländern in den letzten vier Jahren eingetreten ist, hat die Nachfrage nach Kohle aus Deutschland, England und Amerika nicht etwa vergrößert; vielmehr produzieren auch die alten Industrien dieser Gebiete, die früher z. T. von uns Kohle bezogen haben, die Kohle im eigenen Lande. Das spüren wir alle, insbesondere aber Deutschland, Amerika und England. Hinzu kommt, daß in Europa selbst eine noch viel zu wenig beachtete Umformung der Kraftstoffe wesentlicher Industrien stattgefunden hat. An die Stelle der Kohle ist in Ländern wie Skandinavien, Italien, Schweiz, Dänemark vielfach Elektrizität (durch Wasserkraft, nicht Kohle erzeugt) und Dörsenerzeugung getreten. Außerdem haben die für die Kohlenproduktion so wichtigen, ja entscheidenden metallurgischen Industrien beinahe überall infolge der Verminderung des Bedarfs einen Produktionsrückgang aufzuweisen. Dadurch wird naturgemäß die Lage des Kohlenbergbaus unmittelbar beeinträchtigt.

Angesichts dieser Lage, die sich auch in den nächsten zehn Jahren nicht wesentlich ändern dürfte, ist es vom Standpunkt der Bergarbeiter der Welt aus gesehen, ein aufgelegter Wahnsinn (sheer madness), wenn ein einzelnes oder diese Kohlenexportierenden Länder versuchen würden, auf der Basis billigerer Arbeit und längerer Arbeitsstunden einen größeren Anteil an dem verbleibenden Gesamtexport zu erobern. Die logische Folge wäre, daß schließlich alle diese Länder die Arbeitsbedingungen der Bergarbeiter herabdrücken und damit diesen Versuch nach einer gewissen Zeit, in der das eine oder das andere Land Vorteile hätte, einfach ad absurdum führen würde.

Aus dieser Sachlage ergibt sich die Frage, welche Möglichkeiten der Verbesserung der Situation der Kohlenexportierender hauptsächlich in Betracht kommenden Länder bestehen. Ich sehe die einzige Möglichkeit, diesen verhängnisvollen Zirkel zu vermeiden, der schließlich darin enden würde, daß sich die Arbeiter der Welt gegenseitig zu Laederkurieren, in folgender Richtung der gegenwärtigen Schwierigkeiten: Die verhängnisvollsten Folgen der Entwaldung können nur durch Vermeidung dieser Folgen zu vermeiden werden, daß sich die hauptsächlich in Betracht kommenden Länder in den zurzeit bestehenden Exportmöglichkeiten im Verhältnis der Vorkriegszeit aufteilen. Nicht man den Kohlenexport z. B. im Sinne eines Kreises, so ist zwar der Radius dieses Kreises kleiner, aber der Anteil der einzelnen Länder an der Fläche dieses Kreises müßte im Sinne und in der verhältnismäßigen Größe der Vorkriegsverteilung diesen Abmachungen zugrunde gelegt werden. Voraussetzung ist natürlich, daß die Arbeitsbedingungen der Bergarbeiter dieser Länder einander angeglichen sind, also uniform werden, und zwar auf der Basis der Arbeitsbedingungen der bestgestellten Arbeiterklasse. Im Rahmen eines solchen Planes hätten nur diejenigen Länder Vorteile, die unter günstigeren geologischen Voraussetzungen Kohle fördern oder deren Bergbau technisch besser organisiert ist. Nebenbei kann dieser Vorteil immer nur ein zeitweiser sein, jedenfalls braucht er es nur zu sein, weil die Ergebnisse der wissenschaftlichen Fortschritt im wesentlichen international vorwertbar sind und ein solcher Vorprung nicht von Dauer sein dürfte. Auch hier aber muß nochmals betont werden: Voraussetzung ist selbstverständlich, daß die wesentlichen Arbeits- und Lebensbedingungen der Bergarbeiter gleich sind. Ist das der Fall und tritt dieser Angleichungsprozeß der Technik des Kohlenbergbaus ein, so bleibt als einziger Unterschied die natürliche Grundlage der Qualität der Kohle und die Entfernung der Kohle vom Käufer, also der Standort der Kohlenfelder. Die Durchführung einer solchen Aufteilung steht außer Zweifel. Warum sollte der Kohlenhandel nicht imstande sein, durchzuführen, was der Eisenhandel auf internationaler Basis bereits fertiggebracht hat? Um die gegenwärtige Zerstörung und Vernichtung ihrer Industrie zu verhindern, hätten also die Arbeiter ihrerseits allen Anlaß, mit den Unternehmern für eine solche Verteilung zu kämpfen. Allein könnte die Arbeiterklasse einen solchen Plan heute nicht durchführen.

Die Aufgaben der Bergarbeiter-Internationalen liegen auf der Hand. Sie hat zunächst von den Gewerkschaften der einzelnen Länder genaue Daten über die Arbeits- und Lebensbedingungen in allen Kohle produzierenden Ländern der Erde zu sammeln. Ist das geschehen, dann muß sie versuchen, die Lebens- und Arbeitsbedingungen aller Kohlenbergarbeiter auf der Basis der bestgestellten Kohlenarbeiter einander anzugleichen. Hierzu ist u. a. erforderlich, daß zunächst die Tarifverträge der Bergarbeiter der verschiedenen Länder gleichzeitig ablaufen, damit Kämpfe zur Verbesserung der Lage der Bergarbeiter international im gleichen Augenblick geführt werden können. Welchen entscheidenden Schritt das für den internationalen Kampf der Bergarbeiter bedeuten würde, das braucht wohl nicht erst besonders betont zu werden.

Neben dieser internationalen Arbeit, die sich erst im ersten Stadium befindet, ist das Sekretariat zurzeit mit einer Reihe von wichtigen organisatorischen Arbeiten beschäftigt. Um die Bergarbeiterinternationalen zu vervollständigen, müssen die Bergarbeiter Südamerikas, Australiens und Neuseelands sowie die Gewerkschaften der Bergarbeiter Japans, Chinas und Indiens ihren Weg zu unserer Internationale finden. Es ist selbstverständlich, daß auch die Russen in unserer Mitte nicht weniger willkommen wären, sobald Gewähr dafür gegeben ist, daß sie, wie die übrigen Bergarbeiter der Welt, ohne irgendwelche politische Abhängigkeit von einer außenstehenden Organisation in die Bergarbeiterinternationalen eintreten können. Nimmt man zu dieser wirtschaftlichen und organisatorischen Arbeit der Internationalen noch die großen moralischen und erzieherischen Aufgaben, die sich die Internationalen der Bergarbeiter gestellt hat, die große pazifistische Sendung, auf die sie durch den ersten dem Krieg folgenden Kongreß feierlich verpflichtet ist, so kann nicht geleugnet werden, daß dieser internationale Zusammenfluß der Bergarbeiter einen mächtigen Baustein am Friedensgebäude der Welt darstellt.

### Bayerische Anleihen in New York.

New York, 1. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der bayerische Staat steht zur Deckung seiner schwebenden Schulden, die heute rund 42 Millionen Dollar betragen, seit über einem Jahre in Anleihenverhandlungen mit amerikanischen Banken. Diese Verhandlungen gestalteten sich außerordentlich schwierig, weil die Verträge der bayerischen Staatsbankrott der bayerischen Staatsbankrott bis in alle Einzelheiten durchprüften. Nunmehr stehen die Verhandlungen unmittelbar vor dem Abschluß, und zwar handelt es sich um eine von der Equitable Trust Co. New York gewährte 6 1/2prozentige Anleihe von 25 Millionen Dollars mit 30jähriger Laufzeit. Die Bedingungen haben zur Bedingung gemacht, daß von dieser Anleihe nichts für allgemeine Staatszwecke, sondern nur für werbende Anlagen des Staates, zum Beispiel die bayerischen Wasserwerke, die Staatsbergwerke und Säbner, Verwendung finden darf.

### Auch Thyssen baut Beamte ab.

In der vor kurzem in Hamburg abgeschlossenen Direktionsführung der Firma Thyssen ist beschlossen worden, weitere 30 Prozent der Beamten abzubauen. Die Entlassungen erstrecken sich von den Direktionsmitgliedern bis zu den untersten Beamten. Ferner wurde beschlossen, die Lohnabstände zu dieser Höhe in Betrieb genommen werden sollte, nicht anzuhaken. Verbliebene Hoffen sind bereits außer Betracht. Mehrere Stellen wurden aufgehoben oder zusammengelegt.

# Breslau (Land)-Neumarkt.

**Verkehr Breslau-Deutsch-Wilf.**  
Som 1. Juli ab wird der nur wochentags verkehrende Personenzug 1718 wie folgt verlegt: Breslau Hbf. ab 4,31 nachmittags, Klein-Magden 4,38 Uhr, Marienhöfen 4,43 Uhr, Deutsch-Wilf 4,50 Uhr, Deutsch-Wilf ab 4,55 Uhr.

**Reichsbanner Schenke, Klein-Magden.** Sonntag, den 5. Juli, Abreise um 11 1/2 Uhr aus „Lehnen Keller“ zu der Veranstaltung in Zimpel. Abreise um 12 Uhr. Der Gruppenführer von Schenkefeld hat bis Samstag, den 4. Juli, die Beitragsarten bei Kamerad Richter, Tafel 13, abzurufen.

**Reichsbanner Schenke, Klein-Magden.** Die Stadt hat gegen den von einem hiesigen Großhändler eingebrachten Antrag, nach dem Verkauf von Eisen und es kommt gefordert, daß der Gewerbetreibende den Verkehr nach dem Bahnhof zurück einhalten muß. Eingehend nehmen wir zu dieser Angelegenheit heute nicht Stellung, wünschen aber, daß die hierfür in Betracht kommenden und angerufenen Instanzen sich der Sache annehmen und dringlich ersuchen, daß der Großhändler eine 1919 herausgelassene Anordnung umgangen hat. Im übrigen sollte man aufpassen, von einem Prozeß in den anderen zu schlüpfen. Oftmals ist ein magerer Vergleich besser als ein fetter Prozeß. Als Gegenstück bringen wir da unseren Sägern den „Gruber-Prozeß“ in entsprechende Erinnerung. Unsere Forderung wird in der nächsten Stadtverordnetenversammlung über den Ausgang des Prozesses eine Anfrage stellen müssen und damit den Wunsch vieler Neumarkter erfüllen zu hören, ob die Stadt etwas „gemommen“ hat. Man spricht davon, daß der Prozeß zu Gunsten der Stadt ausgefallen und ein Einkommen von 15 000 Mark (aber höher?) in Frage kommen soll. — Deshalb wachen wir heute vor einem neuen Prozeß. Die Leidtragenden sind die mittleren und kleinen Gewerbetreibenden wie Gewerbetreibenden und vor allem die arbeitende Bevölkerung, denen in jedem Fall ein Anziehen der gemeindlichen Steuerlasten drohen dürfte.

**Schulden- und Schuldenmängel.** Unter den Mitgliedern der hiesigen Schuldenmängel-Kasse sind viele nicht einverstanden, daß den Jugendlichen des Schießens (Schießens) die Erlaubnis erteilt worden, auf dem Schießstand Schießsport zu betreiben, weil das Ansehen der Gilde dadurch wesentlich leidet, andererseits dieselben den Standpunkt vertreten, daß die Eltern von schiefhalsigen Kindern ihnen eine andere Erziehungsmethode angedeihen lassen sollen. Hoffentlich schließen sich dem verhängnisvollen Standpunkt weitere Mitglieder an und machen mit diesem Zustand „Rechnung“.

**Neumarkt.** „So lang“ das Geld im Kassen fließt... 75 Mark Stamgeld (im voraus?) sollte ein kleiner hiesiger Geschäftsmann für Auskundschaftung zu dem am Sonntag stattfindenden Genußfest bieten. Seinen gewöhnlichen Lohn mit Kostentrübschmerz kann man verdienen, wenn ein so großer Opfergeist verlangt wird. — Anderen Geschäftsmännern soll man Fleißgelüste abweisen haben, weil sie nicht Mitglieder der Kasse sind. Aber mitmachen im „Hörchen“ (!) festzuhalten, der um die mittleren und kleinen Geschäftsleute Anforderungen ans Gedächtnis stellt, können sie alle. Es gibt eben Krankheiten, die ansteckbar sind.

## aus Schlesien.

**Der Provinziallandtag der Provinz Oberschlesien** ist am 1. Juli, vormittags 11 Uhr unter dem Vorsitz von Graf Prochaska im Bundeshaus zu Ratibor zusammen. Der Vorsitzende leitet die Tagung mit einem Redefuß für den verstorbenen Reichspräsidenten Ebert und einer Begrüßung Hindenburgs ein. Dann gebührt es dem Vizepräsidenten des Provinziallandtagsabgeordneten Prochaska (Hr.). Der Eintritt in die Tagesordnung gab Oberpräsident Prose folgende Erklärung ab:

Das Staatsministerium hat in einer Sitzung am 25. Juni, zu der auch ich eingeladen war, eingehend den Standpunkt eingenommen, daß der Provinzialverwaltung Oberschlesien alle Gebiete zugewiesen sind, welche für eine Provinz in Betracht kommen. Soweit ministerielle Befugnisse oder gesetzliche Bestimmungen notwendig sind, werden sie mit aller Beschleunigung durchgeführt werden. Soweit vorherige Schritte der Staatsregierung nicht notwendig sind, würde die Initiative zur Einrichtung der betreffenden Verwaltungsglieder von der Provinzialverwaltung ausgehen.

Nach Schluß der Besprechung begannen die einzelnen Kommissionen ihre Arbeit. Um 5 Uhr trat der Provinziallandtag zu seiner zweiten Sitzung zusammen. Der Abg. Bahdorz (Dant.) gab eine Erklärung des Inhalts, daß in der Frage der Übertragung weiterer Verwaltungsaufgaben die Mithilfe der Reichsnationalen abhängig gemacht werde von einer rechtsverbindlichen Erklärung der Regierung. Abg. Gienke (Geg.) referierte sodann als Berichterstatter über die Errichtung des Landesamtes

Oberschlesien. Er empfahl den einstimmigen Beschluß der Kommission zur Annahme. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Reichsparteien angenommen.

Abg. Urbanek (Hr.) erstattete dann den Bericht über den Etat der Hauptverwaltung. Er wies besonders darauf hin, daß dies der erste Haushaltsplan der Provinz Oberschlesien sei, und daß sich dieser vornehmlich auf die Provinz erstreckt. Er behandelte dann die einzelnen Positionen und beantragte die Annahme des Haushaltsplanes, der in Gesamthöhe mit 14 909 802 Mark abschließt. In der Generaldebatte sprach der Abg. Libor (Rom.) den Wunsch aus, daß die Provinz Oberschlesien für die minderbemittelte Bevölkerung mehr tun möge als es die gemeinsame Provinz Schlesien getan habe. In der Spezialdebatte wurde besonders die Theaterfrage besprochen. Der Etat hat eine Unterlage von 150 000 Mark vor. Der Posten wurde schließlich unter Ablehnung eines Antrages auf Herabsetzung der Summe bewilligt.

Die Beratungen wurden Donnerstag mittig mit der Besprechung des Hauptvertrags abgeschlossen. Abg. Geisler stellte fest, daß Oberschlesien an Provinzialbahnen und 266 Km. und an Haupt-Durchgangsstrecken rund 533 Kilometer besitzt. Der Verkehrsnetze wurde nach einer kurzen Debatte einstimmig angenommen. Desgleichen führte die Spezialdebatte über den Haushaltsplan der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt, der Haushaltsplan der Anstalten Klein-Neudorf und Grottkau, sowie der Etat der Provinzial-Schuldenverwaltung in Oppeln zur Annahme der Vorlagen.

Nach einer längeren Aussprache wurde dem Ausschussantrag, der als die Landesfarben Oberschlesiens die Farben gold-blau vorschlägt, zugestimmt. Für das oberhalbige Wappen liegt ein Entwurf von Professor Jutz-Reife vor, der jedoch nicht die Billigung der Versammlung findet, so daß die Angelegenheit in den Ausschuss zurückverwiesen wird.

Nach einem einmütigen Beschlusse des Landtages soll die Ortsteileneinteilung der ober-schlesischen Städte und Gemeinden geändert werden. Nach einem eingehenden Bericht des Abg. Gorus wurde der Beitritt des Provinzialverbandes bei der Oberschlesischen Luftverkehrs-A.G. mit einer Bruttoeinnahme-Garantie von 60 000 Mark beschlossen, da es aus kulturellen und verteidigungstechnischen Gründen notwendig sei. Auch der Uebernahme der Garantie von 100 000 Mark für die Beschaffung eines Großflugzeugs verhielt sich die Versammlung nicht.

Die Errichtung einer eigenen Landesversicherungsanstalt Oberschlesien, um die in den letzten Wochen ein harter Kampf gesteht hatte, da nicht nur die Landesversicherungsanstalt Schließen, sondern auch eine große Anzahl anderer öffentlicher und privaten Stellen sich gegen eine Trennung aussprachen, wurde trotzdem nach einem Referat des Abg. Ehrhardt (Hr.) beschlossen. — Um 7,10 Uhr vertagte sich der Provinziallandtag auf Freitag.

## Deutsche Kulturarbeit in Oberschlesien

Leidet der von sozialdemokratischer und freigewerkschaftlicher Seite gegründete Bund für Arbeiterbildung, der am Sonntag auf seiner Nationalen Generalversammlung über eine vierjährige Tätigkeit berichtete. Die Bildungsarbeit dieser Organisation entspricht ungefähr der Tätigkeit der Arbeiter-Bildungsausschüsse in Deutschland und verlangt große Geld- und Zeitaufwand von der wirtschaftlich schwer leidenden deutschen Arbeiterjugend Oberschlesiens. Er behält seine wünschenswerten Beiträge und Kurse vorläufig auf acht Orte der polnischen Wojewodschaft Schlienz aus.

## Auf nach Hamburg!

Das ist der Wunsch und die Arbeit von vielen Tausenden junger Arbeiter und Arbeiterinnen, die sich im Verbands der sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands zu kämpfen für sozialistische Ideale ergreifen.

Der 4. Deutsche Arbeiterjugendtag am 8. und 9. August soll dort wiederum eine Heerzucht unserer Kräfte werden. Wir wollen eintreten für die wichtige Forderung:

„Schlag der arbeitenden Jugend!“  
Und zugleich soll hervorgehoben werden, daß wir die erstrebte Bewegungsfreiheit ausnützen wollen und schon ausnützen für internationale Fortschritt der Arbeiterklasse.

Wenige Tage des Kampfes werden anschließend unserer Jugend die Schönheiten der Bakterien erschließen. Tausendfach wirkt sich nachher die gewonnene Kraft für Jugend und Arbeiterjugend wieder aus. Doch welcher Jugendgenosse, so sehr er sich jeden Großen abwartet, kann heute selbst die Mittel zur Fahrt aufbringen?

Dringend bitten wir alle Genossen aus Partei und Gewerkschaften: Unterstützt den Fleiß der Jugend! Setzt euch mit den Delegierten der sozialdemokratischen Arbeiterjugend in Verbindung und helfi ihnen nach Kräfte!

Sieht es den Reichsjugendtag in Hamburg!  
Das Landessekretariat der S. A. J.  
J. A.: gez. Reinhold Zimmer.

## Arbeiter-Jugend der Provinz Schließen!

Am Sonntag, den 5. Juli, findet im Breslauer Gewerkschaftshaus, vormittags 10 Uhr, eine Sitzung landlicher Unterbezirksleiter statt. Besprechung wichtiger Organisations-

fragen, vor allem der Hamburgfahrt. Niemand darf die Besprechung verpassen.

Am Sonntag, den 12. Juli: Besprechungen der Hamburgfahrt aus den Unterbezirken mit den Unterbezirksleitern. Zeit und Ort werden durch Landessekretariat bekanntgegeben.

Das Landessekretariat der S. A. J.  
J. A.: gez. Reinhold Zimmer.

## Spezialdebatte

„Die Me oder der Schrei nach dem Rinde“ (Abg. Kriebel 15 a) „Der Zigeunerbaron“ (Abg. Kriebel 15 b).

Die heitere musikalische Muse geht in die Sommerferien die Abschiede hängen sich. In der Sommeroperette „Die Me oder der Schrei nach dem Rinde“ (Abg. Kriebel 15 a) stellt sie sich uns zum letzten Male einer der liebsten des hiesigen Operettenpublikums, nämlich eine der besten Rollen im Ensemble vor: Rosi 15 a. Ihr Licht eine Zukunft. Dank des Librettos Garmanian Weins, der aufmunternden, vornehmen Grenzen gehaltenen, des aufmunternden, lebendigen, in Dialogen natürlich fließenden Spiels, der reizenden, wenn auch mitunter etwas geizig umarmenden Stimmung, wird sie aus jeder Rolle eine Menge Reizvolles herausarbeiten, ja, wie bei uns so oft, Kern, Süße, Würstchen sein.

Es ist von Lüderstadt, die sich seinerzeit im „Im Putz“ nicht sehr glücklich einfand und trotzdem zu führenden Partien, in den Ueberstellungen, nicht mehr kam, erlosch ihrem Fortgang im „Zigeunerbaron“ als „Zigeunerin“ in demselben Spiel. Sie hat das Spiel glücklich durch die gekonnte dramatische Ausbeutung zurückzuführen kann. Es liegt aber das auf keine vollständige Gelangensausbildung vor. Die Totalität mußte fremdartig an, im Duett „Der uns getraut“ verfallt Sängerin in geschmackloses schmausendes Händchenzucken ein. Läne. Noch ist es Zeit zum Ausschöpfen. — S. —

## Konzerte.

### Chor- und Orchesterkonzert.

Der Späterliche Männergesangsverein veranstaltete im Zoologischen Garten ein Orchesterkonzert, das Weilerhoff in den Saal verlegte. Der Männerchor sang eine schöne Tongebung, ziemlich ausgeglichener Färbung, Kollek bearbeitungen und Lieder im Volkston. Heinrich Melcher, geschmackvolle Führer, brachte im Feinen und Großen prächtige Wirkungen auf. Sehr gut gefiel mit Recht das 1. Klavier „Zieh mit“, einen besonderen Erfolg hatte durch die prächtige Wiedergabe, besonders der letzten (Piano-) Strophen, das gegebene „Hemmelstempel“. Daneben ließ sich das Verein in der Orchester hören, das als ein Gelegenheitsensemble in Gurgantenouvertüre und in Wagner's „Rittermusik“ erstklassige Fertigkeit zeigte. Der Markt war rhythmisch sauber, aber in der Höhe zu glückselig mit Höhepunkten, daß die Spannung nicht bis zum Schluß erhielt. — Das Haus war vollbesetzt. — S. —

## Breslauer Produktenbörse vom 2. Juli.

Am 2. Juli 1925 gab die Breslauer Produktenbörse für Kartoffeln eine Preisliste für den 1. Juli 1925. Die Preise sind für den 1. Juli 1925. Die Preise sind für den 1. Juli 1925. Die Preise sind für den 1. Juli 1925.

Tägliche amtliche Notierungen (100 kg):					
mittlere Art und Güte der letzten Woche bei fortwährender Nachfrage		mittlere Art und Güte der letzten Woche bei fortwährender Nachfrage			
Getreide:	2.	1.	Delfsaten	2.	1.
Weizen	23,50	23,50	Winterweizen	—	—
Roggen	24,50	24,50	Einmalen	—	38,00
Safer	25,00	24,50	Sonntags	—	60,00
Wassermehl	26,50	26,50	Hanfsaat	—	80,00
Mittelweizen	—	—	Weizen, blau	—	100,00

  

Kartoffel- und Kartoffelbörse für Futtermittel wochentags für 100 kg Kartoffel-Waagen bei Breslau für ganze Waagenabgaben:							
2.		1.		2.		1.	
Weizenmehl	18,00-18,75	18,00-18,75	Polstrome	18,75-14,75	18,75-14,75		
Roggenmehl	14,00-14,75	13,75-14,50	Landesmehl	10,75-11,25	10,75-11,25		
Einmalen	24,50-25,50	24,50-25,50	Weizenmehl	—	—		
Kapseln	17,00-18,00	17,00-18,00	mehlige	12,25-12,75	12,25-12,75		
Polstrome	17,75-18,75	17,75-18,50	Einmalen	13,00-13,75	13,00-13,75		
Einmalen	22,50-23,75	22,50-23,50	Polstrome	12,75-13,50	12,75-13,50		
Polstrome	17,00-18,00	17,00-18,00	mehlige	12,75-13,50	12,75-13,50		
Reisfüttermehl	15,00-16,50	15,00-16,50	Polstrome	21,00-22,00	21,00-22,00		
Kartoffelmehl	23,50-24,50	23,00-24,00	Sonntags	—	—		
Wassermehl	15,00-16,00	15,00-16,00	ca. 44%	22,50-23,50	22,50-23,50		

  

Getreide:			
2.		1.	
Getreide	16,50-18,50	—	—
Sonntagsmehl	20,50-21,50	—	—
50/54pro. Einmalen	23,50-24,50	—	—
50pro. Sonntagsmehl	25,00-26,00	—	—

Am 2. Juli 1925 gab die Breslauer Produktenbörse für Kartoffeln eine Preisliste für den 1. Juli 1925. Die Preise sind für den 1. Juli 1925. Die Preise sind für den 1. Juli 1925.

**Beginn: Sonnabend, 4. Juli**

# Ausverkauf

## Bedeutende Preisermäßigung

4 <sup>00</sup> Damen braun Boxell-Schuh, moderne Form	5 <sup>00</sup> Damen braun -spanische, sehr prächtig	6 <sup>00</sup> Braune echt Chevreau-Halbschuh, Origin-Goodyear-Wall, sportlich	7 <sup>00</sup> Herren-Halbschuh, echt Kindbox, weiß-gedoppelt	8 <sup>00</sup> Herren-Schnürstiefel, guter Schnürstiefel	9 <sup>00</sup> Braune Herren-Halbschuh, echt Kindbox, weiß-gedoppelt
11 <sup>00</sup> Herren-echtschnürstiefel, echt Kindbox, Original-Goodyear-Wall	16 <sup>00</sup> Braune Herren-Schnürstiefel, echt Kindbox, Original-Goodyear-Wall	5 <sup>00</sup> Braune Mädchenstiefel zu Schnürpreisen, Gr. 36/39 5,90, Gr. 34/35	5 <sup>00</sup> Braune Sandalen in besonders starker Ausführung, sehr preiswert Gr. 36/42 6,90, Gr. 31/33 5,90, Gr. 27/30 4,98, Gr. 25/26	Resposten, Einzelpaar sowie Paare mit kleinen Schönheitsfehlern zu Spottpreisen	

**Carl Schickel & Co. A.G. Breslau, Marktstraße 47/48, Tel. 035 41**

# Sür die Arbeiter-Jugend

Nr. 6

Monats-Beilage

1925

## „Jugendtag.“

**Sprecher:**  
Ich rufe den Morgen,  
Ich rufe den Mittag,  
Ich rufe den Abend  
Und Mitternacht.

**Sprecherin:**  
Ueber die reisende Erde,  
Ueber die drohenden Städte,  
Ueber die schimmernden Meere  
Und schauernden Inseln  
Hallt unser Ruf.

**Sprecher:**  
Auf der Gemeinschaft,  
Auf der Versöhnung,  
Auf Jungstem Tag.

**Chor:**  
Auf der Versöhnung,  
Auf Jungstem Tag.

**Sprecherin:**  
Nicht keine Antwort  
Ueber die harrende Erde  
In uns?  
Kommt du nur wieder  
Als armer Nachtlager?

**Sprecher:**  
Ich rufe wieder  
Den Morgen und Mittag,  
Ich rufe den Abend und Mitter-  
nacht.  
Auf der Gemeinschaft,

Auf der Versöhnung,  
Auf Jungstem Tag.  
Dunkles Echo:  
Auf der Gemeinschaft,  
Auf Jungstem Tag.

**Sprecherin:**  
Aufstieg die Lande  
Nach einem Dolzweig  
Und kam nicht wieder.  
Wer weiß, sie schmachtet  
Wo flügellos  
Und kann nicht heimwärts.

**Sprecher:**  
Zum drittenmal  
Nahmt meine Stimme  
In alle Winde.  
Leih mir, du Sturmbräut  
Deine Flügel.

**Aufschwelliger Teil:**

**Chor:**  
Auf der Gemeinschaft,  
Auf der Versöhnung,  
Auf Jungstem Tag.

**Grauer Chor:**  
Was mahnt ihr uns?  
Das Blut verdarrt,  
Das Feuer starb,  
Nur Asche blieb —  
Uns blüht kein Glück.

**Sprecherin:**  
Singe, du Flamme,

Du mahnde Flamme,  
Du stürmende Flamme,  
Dem Menschengeschlecht.

**Grauer Chor:**  
Der Weg ist lang,  
Erstehung  
Ward schon Jahrtausenden ge-  
lungen.  
Ungreifbar fern  
Wies doch der Stern  
Den nebeigrauen Niederungen.

**Junger Chor:**  
Singe, du Flamme,  
Du braufende Flamme,  
Du stürmende Flamme,  
Dem Menschengeschlecht.

**Sprecher:**  
Weh, wer in Niederungen lebt,  
Wen Sturmesang nicht auf-  
wärts hebt.  
Weh, wer sich selber aufgegeben,  
Der lebt und lebt ein totes Leben.

**Junger Chor:**  
Dem schleicht durch die Adern  
Glanlos das Blut.  
Der atmet nicht tief,  
Wenn die Schollen sich heben  
Vor Frühlingstrieben.  
Der süßt nicht das Keifen  
Der wogenden Felder,  
Dem drohnt nicht sein Werttag:  
Triumph! Triumph!

**Sprecherin:**  
Der geht wie ein Schatten  
Vom grauen Morgen  
Zum grauen Tage  
In letzte Nacht.

**Grauer Chor:**  
Der alte Tag, der graue Tag  
Schneht fest den Hungerriemen,  
Die Stunden tragen Striemen,  
Der alte Tag, der graue Tag.

**Junger Chor:**  
Der junge Tag, der helle Tag  
Trägt Glanz auf seinen Schwin-  
gen  
Und will uns Schönheit bringen,  
Der junge Tag, der helle Tag.

**Grauer Chor:**  
Der alte Tag, der graue Tag  
Wird einem Tag verschlingen!

**Junger Chor:**  
Der junge Tag, der helle Tag  
Läßt sich nicht niederbringen!

**Grauer Chor:**  
Der alte Tag, der graue Tag  
Ist Mitternacht geworden.

**Junger Chor:**  
Der junge Tag, der Jugend-  
tag  
Pocht schon an unsre Pforten.

Bruno Schönank hat für die Schlussfeier des 4. Deutschen Arbeiterjugendtages in Hamburg ein neues Chorwerk „Jugendtag“ geschrieben, von dem wir vorstehend die einleitenden Partien bringen.

## Internationale Jugendführertagung.

Die Sozialistische Jugend-Internationale hatte die Führer der ihr angeschlossenen Verbände zu einer Aussprache über die brennendsten Fragen sozialistischer Jugendarbeit eingeladen. Die Zusammenkunft fand vom 11. bis 15. Januar im Ferienheim der holländischen Arbeiterjugend „De Vashouwe“ („Der Osterhügel“) statt. Anwesend waren neben den holländischen und deutschen Teilnehmerinnen Genossen aus Desterreich, den deutschen Gebieten der Tschechoslowakei, Polen, Bulgarien, Belgien, Dänemark und Schweden. Die holländische Arbeiterjugend bereitete den ausländischen Gästen einen überaus freundlichen Empfang durch eine wohlgeleitete Veranstaltung am Sonntag nachmittag. Zu bewundern waren die Frische und ungezwungene Natürlichkeit, mit der die Amsterdamer Burgen und Mädchen sich gaben. Was als Scherz oder Ernst von ihnen dargeboten wurde, vermochte uns zeitlos zu fesseln, weil die Freude und Innerlichkeit dieser Jugend sich auf die Zuschauer übertrug. Eine schönere Einleitung konnte die Arbeit der nächsten Tage kaum erfahren als durch diese Darbietungen. Aber auch der Ort war für die Tagung erstreulich gewählt. Das Ferienheim der Holländer ist bis ins kleinste geschmackvoll durchgebildet, und die Traulichkeit des Aufenthaltes wurde durch die überaus weitgehende Gastfreundschaft dieser Genossen noch außerordentlich erhöht.

Der erste Arbeitstag sollte in einleitenden Referaten und eingehender Aussprache Aufschluß geben über die gegenwärtige soziale, politische und psychologische Situation der Arbeiterjugend. Die soziale Lage wurde eingehend und sachkundig von Genossen Kimm-Wien behandelt. Er führte aus, daß auf dem Gebiet des Jugendbeschäftigung noch außerordentlich viel zu wünschen übrig ließe. Insbesondere ständen die Fragen der Lehrlingsentschädigung, der Ausbildung und im Zusammenhang damit des Fortbildungsschulunterrichtes immer noch im Vordergrund. Die Meisterlehre genüge heute den Arbeitsanforderungen nicht mehr. Wo sich die

Fortbildungsschule aber mit Erfolg ergänzend betätigen wolle und daher die Verlegung der Schulstunden in die Arbeitszeit gefordert wenn die volle Ausnutzung des Lehrlings nicht mehr möglich ist. Seine Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Großbetrieb schwindet, werden müsse. Kelle sich das Handwerk hemmend in den Weg. Biele sind Großbetriebe schon zur Schaffung eigener Lehrwerkstätten übergegangen, um so qualifizierte Arbeiter heranzubilden. Der Referent spricht sich weiter für die Schaffung öffentlicher kommunaler oder staatlicher Lehrwerkstätten aus; das epaisische Unternehmerinteresse wird hier ausgeschaltet und zu gleicher Zeit ein Ausgleich des heute bestehenden Mißverhältnisses zwischen Lehrlingszahl und Lehrstellen geschaffen. Damit gewinnen die öffentlichen Lehrwerkstätten große soziale Wichtigkeit.

Durch dauernde Kleinarbeit im Sinne unserer Jugendgrup-  
forderungen muß die soziale Lage der Arbeiterjugend allmählich  
gebessert werden. In unseren Jugendgruppen sind Aussprachen  
über diese Fragen dringend notwendig. Der Jugendbeschäftigung  
zu einer wichtigen Aufgabe der Arbeiterbewegung  
werden.

In der Aussprache kommt die durch Wirtschaftskrise und  
Kriegsverhältnisse sehr erschwerte Lage der Jugend und die damit  
verbundene Beeinträchtigung unserer Arbeit deutlich zum Aus-  
druck. Trotzdem ist bedeutsam, daß der Jugendliche jetzt über-  
haupt in die Gesetzgebung einbezogen wird. Die Mechanisierung  
der Arbeitsweise setzt sich immer weiter fort. Gegen diese Ent-  
wicklung ist nichts zu tun. Gleichlaufend müssen wir uns aber  
ständig bemühen, die Arbeitszeit weiter zu verkürzen, die For-  
derung auf Ferien und auf die Verlegung des Fortbildungsschul-  
unterrichtes in die Arbeitszeit zu verwirklichen und die Freizeit  
des Jugendlichen im Sinne unserer Jugendarbeit auszunutzen.  
Ueber die politische Situation sprach Genosse Lindström  
(Schweden). Die heutige Jugend ist früh zu politischer Stellung-  
nahme gezwungen. Viele alte Dogmen sind gefallen; die politische  
Hollierung der Arbeiterklasse hat aufgehört. Dank dieses Hinans-  
tretens in den Kreis des Gesellschaftsinteresses sind die Arbeiter-



feindlichen Marotte wieder das Blut der Jugend vergossen wird und in der Befürchtung, daß dieser Konflikt neue internationale Verwicklungen mit allen ihren furchtbaren Folgen für die Arbeiterjugend schaffen könnte, an die Sozialistische Arbeiter-Internationale, an die Sozialistische Jugend-Internationale und an die französischen Sozialisten die dringende Aufforderung, alles zu tun, um diesen Konflikt alsbald durch eine friedliche Lösung zu beenden.

Am Schluß des Kongresses traf folgendes Telegramm ein, das von dem Beschickenden verlesen und mit großer Begeisterung angenommen wurde: „Es lebe der Frieden und die internationale sozialistische Solidarität. Der sozialistische Jugendtag Standesamtens in Frederiksberg.“

Die Arbeiten der Konferenz wurden beendet mit Wahlen für die verschiedenen Ausschüsse. Zum Sekretär der Organisation wurde wiederum der Genosse de Bruijter gewählt.

### Der dritte Kongreß der dänischen Jugendorganisation.

Am 12. und 13. April hielt der dänische Verband seinen dritten ordentlichen Kongreß im Volkshaus in Odense ab. Eine Reihe von Gästen war dazu eingeladen, darunter der dänische Staatsminister Stauning. Von den ausländischen Bruderverbänden waren lediglich der schwedische durch den Genossen Karl Hultberg vertreten.

Der Vorsitzende Chr. Christensen berichtete über die dreijährige Arbeitsperiode. Aus dem Bericht geht hervor, daß der Verband jetzt 8965 Mitglieder in 192 Ortsvereinen zählt. Von den Mitgliedern sind 23 Prozent Mädchen, 27 Prozent Lehrlinge, 37 Prozent unter 18 Jahre, 43 Prozent zwischen 18 und 22 Jahre und 20 Prozent über 22 Jahre alt. 24 Prozent sind Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei. 55 Ortsvereine sind reine Handgruppen. Beim vorigen Kongreß im Jahre 1922 zählte die Organisation 8000 Mitglieder in 184 Ortsvereinen. Die Arbeit der Ortsgruppen konzentriert sich auf Sporttage, Diskussionsabende und Erziehung von Studienreisen.

Zur Unterhaltung der Arbeit wurde halbjährlich ein Führerblatt herausgegeben. Außerdem arbeitet man überall mit den lokalen Bildungsorganen zusammen. Zur Förderung der Verbreitung einer guten wissenschaftlichen sozialistischen Literatur hat man vielerorts gemeinsam mit anderen Organisationsbildungsgemeinschaften gegründet, außerdem überall eine enge Zusammenarbeit mit den sozialistischen Kindergruppen und mit der Sozialistischen Partei statt. Bei der Gründung eines Landesverbandes für Volkserziehung hat die Organisation ebenfalls mitgewirkt.

Das Verbandsblatt „Rote Jugend“ erscheint monatlich in 10 000 Exemplaren.

Als Vertrauensmänner wurden gewählt: Chr. Christensen, Vorsitzender; Hans Hansen, Verbandssekretär; Johs. Jacobsen, Redakteur; Ole Olsen, Kassapflichter, und Ludvig Kimmel. Der nächste Kongreß wird 1928 abgehalten.

### Wie schmücken wir unsere Jugendheime?

Von Max Michael (Crimmitschau).

Der bis heute abwickelnde Kampf des Proletariats ist nicht nur ein Kampf um politische und wirtschaftliche Befreiung, nicht nur um mehr Lebensfreiheit und besseren Lohn, sondern ein Kampf um die Teilnahme aller Menschen an den Errungenschaften der Kultur und ihrer Werte. Zu diesen Werten zählt auch die Kunst in allen Formen: Malerei, Musik, Dichtung und Plastik. In ihrem Verständnis gehört ein langamer, bewußter Aufbau, der gewisse Voraussetzungen bedingt, vor allem eine reine, mit ungezügelter Empfängnis begabte Seele. Jenseit wird gerade beim Proletariat diese Reinheit der Seele durch allenthalb widerwärtige Umstände im Dasein getrübt. Not, Sorge um tägliche Kleinigkeiten rauben die Lebensfreude und treiben oft zur vollkommenen Stumpfheit den Schönheiten der Welt gegenüber. Wie soll man da den Weg zur Kunst finden?

Kommt man bei gelegentlichen Besuchen in die Heime unserer Jugend-Ortsgruppen, dann kann man sehen, wie es dort mit dem Kunstsinne steht. Man kommt oft über die sinnlosen, kitschigen Bilder an den Wänden. Wir werden ein Buch mit Entwürfen zur Seite legen, in dem wir die Entstellung der eigenen Beobachtung empfinden. Wir werden uns aber verwundert fühlen mit dem, dessen Feder oder Pinsel lebenswahr und feilsch empfindend schildert. Wir werden diesem Menschen nachzugehen bemüht sein. Der Saie bewandert, mit weißen einfachen Linien, zumal in Federzeichnungen, Holzschritten und dergleichen, ein Stück Leben gesamt wird. Dem Arbeiter können nicht genug Werte der graphischen Kunst, Holzschritte, Kupferstiche, Radierungen oder einfache Federzeichnungen nahegebracht werden, und er sollte keine Gelegenheit vorbeigehen lassen, bei der sich in Ruhe solche Werte betrachten kann, sei es dabei auch bei Freunden, in Büchereien und Sammlungen. Hier möchte ich nur einige von den vielen Klappen- und Bandjournalen anführen. Ein jeder kennt die Münchener „Jugend“, deren beste Bilder in

hinnemäher Folge (in der nächsten für junge und alte Leute herausgegeben sind. Eine Reihe wertvoller Kunst finden wir in den Heimatbüchern der Kreise aus dem Weimaranischen Verlag in Weimar, in denen sich in wunderbarer Weise die künstlerisch gezeichnete Welt im Bilde zugleich mit dem gereimten Worte unserer besten Dichter verbindet, so daß einem das Herz auspreßt vor Sehnsucht nach all dieser Schönheit. Und so gibt es viele Reihen von Bild- und Klappenbüchern über Richter, Schwab, Thoma, Kinder usw.; vor allem aber die Radierungen von Käthe Kollwitz, die keinen Kupferstich von Rembrandt und Dürer. All diese Klappen kann ihr für verhältnismäßig wenig Geld erhalten. Befragt euch dazu noch einer auswechselbaren Bilderzählens, der sich auch selbst herstellen läßt und in gewissen Zeitstunden könnt ihr die Bilder auswechseln. Auch auf diesem Gebiet haben wir vieles neu zu gestalten. Nur in einem Jugendheim mit Innengemälden und einem Bildschmuck kann man sich wohl und heimlich fühlen. So bildet und verleiht diese Art diese Umgebung. Darum fragen auf, wir gehen sonst an dem darüber, was für was wertvoll ist.

### Die Getreidekrise und die deutsche Jugend.

Von R. A. Duer.

Deutschland ist in Bezug auf die Kosten für die Lebenshaltung eines der teuersten Länder der Welt geworden. Trotzdem geht die gegenwärtige Regierung, gestützt auf eine von Karlom großartigen Umfang bewirkte Wirtschaft, mit allem Ernste daran, die Preise weiter kräftig zu senken, indem sie die Wiedereinführung der Verhängung der Getreidezölle betreibt. Es ist ganz selbstverständlich, daß mit einer Erhöhung des Getreidepreises alle übrigen Preise eine starke Steigerung erfahren, denn Getreide, Kohle und Eisen sind zusammen und jedes für sich allein für die Preisgestaltung maßgebend.

Ueber die wirtschaftlichen Folgen der Einführung hoher Getreidezölle ist schon so viel geschrieben worden, daß kaum etwas Neues gesagt werden kann. Fast alle Wirtschaftsexperten von Ruf haben sich dagegen gemeldet und vor den großen volkswirtschaftlichen Nachteilen gewarnt. Das meiste Empörungswort aller Kreise ist wohl auch von den Freunden des Sozialismus im Grunde niemals bestritten worden. Sie stellen aber die Behauptung auf, daß durch die Schutzzölle die deutsche Landwirtschaft dem getreidebauenden Ausland gegenüber konkurrenzfähig und damit lauffähig auf dem inneren Markt werde. Eine lauffähige Landwirtschaft werde lebend auf die deutsche Industrie wirken. Dadurch gehe die große Krise der Industrie mit ihrer Arbeitslosigkeit usw. ihrem Ende entgegen und mache neuer Belebung Platz. Der Gedanke hat etwas Befriedigendes, schade nur, daß er auf falschen Voraussetzungen beruht. Die deutsche Landwirtschaft ist nämlich gar nicht in der Lage, die deutsche Industrie zu beschütigen, wenn sie auch noch so günstig gestellt wird. Viel eher hat nach Lage der Dinge die Landwirtschaft von einer exportfähigen Industrie Vorteile, als die Industrie von lauffähiger Getreidebauern. (Die kleinen Landwirte und Pächter haben ja, wie schon oft bewiesen worden ist, nur Nachteile vom Getreidezoll.) Es wird also auf diese Weise der Industrie nicht beizukommen sein. Die Arbeitnehmer und Verbraucher, die auf die arbeitserheblichen Schwächen der landwirtschaftlichen Großbetriebe hereinfallen, werden bittere Enttäuschungen erleben. Ihr Daseinskampf wird noch härter werden, als er bisher war und ist. Denn die Lasten einer Einfuhrung bzw. Verhängung der Getreidezölle werden von den deutschen Arbeitern, Angestellten und Beamten getragen werden müssen. An Ungleichheit dieser Lasten durch entsprechende Erhöhung des Reallohns ist nicht zu denken. Geringfügige Erhöhungen des Reallohns werden nur unter schwersten Kämpfen der Gewerkschaften zu erreichen sein. Wir wissen ja, daß die Herren der deutschen Wirtschaft, selbst wenn sie können, nur schwer zu Zugeständnissen bereit sind. In der deutschen Wirtschaft feiert der Klassenkampf der Wirtschaftskräfte gegen die Wirtschaftsklassen in den letzten Jahren wahre Orgien. Erst kürzlich hat sich die Handelskammer in Bochum, hinter der die große rheinisch-westfälische Industrie steht, für eine starke Verminderung der „hohen“ Beamtengehälter ausgesprochen, da durch sie die „Begehrtheit“ der Arbeiter und Angestellten der Privatindustrie hervorgerufen bzw. wachgehalten würde. Auf keinen Fall wird die gegenwärtige armselige Lebenshaltung der arbeitenden Volksschichten nach der Einführung hoher Schutzzölle für Getreide gehalten werden können.

Wer trägt nun zu allermeist die Folgen einer weiteren Belastung der deutschen Arbeitnehmer und Verbraucher?

Deutschland hat zwei Perioden größter Not in dem letzten Jahrzehnt durchgemacht. In ihnen hat neben den Alten die Jugend bedarf besonderer Pflege, die nicht gewährt werden kann, wenn das Geld an sich Steigerungen erfährt. Krieg und Inflation, die beiden Zeiträume größter Not, bedekten neben hartem Geburtenrückgang auch Zeiträume erheblicher Kindersterblichkeit. Unterernährung in den Jahren des Krieges hängt dem Menschen während seines ganzen Lebens nach. Wir haben

ja von dem Feind des deutschen Kindes in den letzten Jahren genügend hören können, aus jeder Freund der Jugend kennt es aus eigener Erfahrung. Die Statistik rechnet zudem während des Krieges und während der Inflationszeit eine erschütternde Sprache. Nicht nur, daß die Kinder mangelhaft genährt wurden, die trostlose Lage der Eltern brachte es dazu mit sich, daß die Kinder auch nur mangelhaft gekleidet werden konnten. Von den unersetzlichen Wohnumständen gar nicht zu reden. Was an unglücklichen Kindern im letzten Jahrzehnt geendet worden ist und jetzt noch geendet wird, das ist im Leben dieser heranwachsenden Generation wohl kaum noch gut zu machen.

Wir wollen zusehen, daß es im allgemeinen heute nicht mehr so trübe für die Kinder aussieht, wie während des Krieges und während der Inflation. Trübe genug aber steht es noch aus. Und es ist gerade zu verdröckert, wenn man unsere Jugend einer verheerenden Feilung von neuem entgegenführt. Das wird aber geschehen, wenn es der gegenwärtigen Regierungsmehrheit gelingt, die Schulpläne zu verwirklichen und damit die Lebensbedingung der Arbeitnehmer und Verbraucher, die die überlebende Mehrheit des deutschen Volkes darstellen, noch unter das bestehende tiefe Niveau zu bringen.

Die Not des Kindes, ganz besonders aber des deutschen Kindes, ist eine viel zu wenig beachtete Angelegenheit. In den Köpfen weitaus der Volkstrenne lebt immer noch die Fiktion von der „goldenen“ Jugend, dem „herrlichen“ Kinderland. Darüber werden nie „schöne“ Reden gehalten und „prächtige“ Bücher geschrieben. Auch im überwiegenden Teile der deutschen Lehrerschaft haben diese Begriffe. Bei der letzten Tagung des Deutschen Lehrervereins in Hamburg pläzierte es zum Beispiel, daß die Verarmung laut „Schluß! Schluß!“ rief, als ein Bremer Lehrer, Dr. Argus, über die Not des deutschen Kindes zu reden begann. Das war eben keine „schöne“ Rede. „Schöne“ Reden helfen aber keinen Schritt vorwärts. Das tut nur die nüchternste Betrachtung der Wirklichkeit mit entsprechenden Tatfolgerungen. Stellen wir uns so ein, dann müssen wir zum Beispiel in der Frage des Schulalls zu härtesten Gegnern der gegenwärtigen politischen Machthaber werden.

Diese Machthaber verstimmen ihr Tun so gerne mit dem stets betonten nationalen Standpunkt. Die Schulfrage, wenn man bei ihr auch an die Zusammenhänge mit dem deutschen Kind, also auf die kommende deutsche Generation, denkt, ist wieder einmal so recht geeignet, das nationale Denken und Handeln der sogenannten nationalen Kreise ins rechte Licht zu rücken.

### Jackie.

Die Geschichte, die ich zum Besten gebe, habe ich nicht selbst gemacht; ich weiß sie von einem Amerikaner. Der hat sie in einem dicken Buche, das seinen eigenen Lebenslauf erzählt, aufgeschrieben. Der Mann heißt Jack London. Sein Buch hat er „John Barleycorn, oder: Alkoholerinnerungen“ genannt. Doch nun hört die Geschichte:

Es war in Kalifornien im Jahre 1881. Jack war 5 Jahre alt. Sein Vater war ein Farmer in der Nähe von San Francisco. Der arme Jack sah oft zu, wenn sein Vater das Feld pflügte. Eines heißen Tages schickte der Vater seinen Jungen Bier holen. „Aber paß auf, daß du nichts vergießt!“ rief er ihm noch nach. Klein-Jack hatte ziemlich weit zu laufen. Als er mit dem gefüllten Bierglas den Rückweg antrat, mußte er Obacht geben, daß er nichts verschüttete.

„Vater muß etwas sehr Kostbares und Gutes sein.“ dachte er. Sein Vater trank es ganz allein. Es war Jackie verboten worden, es auch nur über die Lippen zu bringen.

Das Glas war aber so voll, daß beim Gehen auf dem unebenen Wege ab und zu etwas über den Rand geschwappt wurde.

„Warum so einen Teil verschwendung?“ meinte Jackie. „Wenn ich etwas davon abtrinke, weiß doch keiner, ob ich es getrunken oder aus Versehen vergossen habe.“

Jackie setzte sich auf einen Stein am Wege und begann von dem weißen Schaum zu schlürfen. Doch er war enttäuscht. Es schmeckte gar nicht. — Dann aber erinnerte er sich, daß Männer, ehe sie tranken, manchmal den Schaum fortbliesen. Also mußte das Gute wohl unter dem Schaum sein. So steckte er sein Rindergesicht tief in den Schaum hinein und trank. Er wurde nicht recht gewahrt, wieviel er eigentlich trank. Aber schreden tat es ihm nicht. Vielleicht kommt der gute Geschmack später,“ vermutete er. Im Weitergehen versuchte er es noch ein paarmal. . .

Ehe er in die Nähe des wartenden Vaters kam, quillte er das übriggebliebene Bier tüchtig mit einem kleinen Glas, so daß neuer Schaum entstand. Sein Vater nahm das Glas, trank hastig und merkte weiter nichts.

Wie Jackie dann neben den pflügenden Pferden herging, verteilte er auf einmal. Viel sah nicht, und er wäre in die Schenke des Pfluges gefallen. Der Vater legte den armen Jungen unter einen Baum, wo Jackie den ganzen Nachmittag schlief. Abends trug er ihn heim. Das Kind war tagelang sehr krank. In der Tat: es war von dem Alkohol, der im Bier ist, vergiftet worden! Es verlangte Jackie nie wieder nach Bier. Er dachte: „Die Erwachsenen haben Recht, Bier ist nichts für Kinder.“ Die Geschichte geht aber noch weiter.

Als Jackie sieben Jahre alt war, kam er eines Sonntags zufällig in eine lustige Gesellschaft junger Leute. Sie hießen ihn mit. In einem von einem Italiener bewirtschafteten Gasthause tanzten sie. Der Italiener machte dazu Musik auf einem Bandoneon. Jackie war glückselig, die Musik zu hören. Bald tanzten alle an, Wein zu trinken. Das Tanzen wurde fortgesetzt. Doch je mehr getrunken wurde, desto plumper und tollkühner wurde das Tanzen. Bald setzten sich einige in die Ecken und schliefen.

Die allgemeine Einladung, mit Wein zu trinken, hatte Jack nicht befolgt. Er hatte mit dem Bier zu bitteren Erfahrungen gemacht. Später gab ihm der Italiener ein halbes Glas Wein ein. Er stellte es vor Jackie hin. Doch der verweigerte den Trunk. Im selben Augenblick aber erinnerte er sich, daß seine Mutter ihm gesagt hatte, die Italiener seien schredliche Leute. Wenn man einen nur ganz leicht, und ohne es zu wollen, betäubigt, so würde er einen gewiß ersticken! Als daher der Italiener das Glas näher heranrückte, gurgelte Jack in seiner Lebensangst den Inhalt mit einem Male herunter. Der saure Wein schmeckte ihm noch schlechter als das Bier — doch es schien ihm ja um sein Leben zu gehen!

Diese Trunkuchtigkeit imponierte dem Italiener. Er gab von neuem ein. Wie einige Medizin trank das Kind wieder den Wein herunter und wiederholte das zum Vergnügen der ganzen Gesellschaft noch oft. . . Wie er nach Hause gekommen war, wachte Jackie später nicht mehr. Er war wieder lange krank, und fast hätte es ihm das Leben gekostet. Nicht durch das Mehl des Italieners — das war natürlich Aberglauben seiner Mutter — sondern durch das Weingift.

Es bleibt noch übrig zu erzählen, daß so, wie in diesen zwei Fällen seiner Kindheit, während des ganzen abenteuerreichen Lebens Jack Londons verführerische Gelegenheiten zum Trinken an ihn herantraten. „Es ist die Möglichkeit, Alkohol zu bekommen, überall in den Läden und Wirtschaften so leicht, die mit dem Geschmack dafür gegeben hat“, klagte er als 36jähriger Mann seiner Frau — vier Jahre vor seinem frühen Tode. Und er fuhr fort:

„Ich habe mich nie um Alkohol gekümmert. Ich habe darüber gedacht. Doch hier sehe ich am Ende vor Dir und bin von den Wünschen des Trinkers befallen. Zwanzig Jahre dauerte es, diese Wünsche in mir entziehen zu lassen, und in weiteren zehn Jahren haben sie sich entwickelt. Doch immer, wenn ich sie erfüllt, kommt dabei alles andere als Gutes heraus. Ich bin ein froher Mensch — doch wenn ich mich dem Teufel Alkohol in die Arme gebe, dann werde ich wie ein unglücklicher Verdammter. . .“

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika, wo unser Freund Jack lebte und starb, hat man schon seit fast hundert Jahren einen eifrigen Kampf gegen den Alkohol geführt. Besonders die Frauen traten im Interesse aller dafür ein, daß überhaupt keine alkoholhaltigen Getränke mehr gemacht und verkauft werden dürften. Es war ein langes Aufklären und Bemühen, ein harter Kampf, den diese amerikanischen Alkoholgegner führten, denn diejenigen die mit der Alkoholherstellung und dem Alkoholhandel gute Geschäfte machten, stemmten sich natürlich gegen jegliche Einschränkung des Alkoholverbrauchs. Schließlich ist es aber durch das Zusammenwirken verschiedener Umstände noch dazu gekommen, daß vor einigen Jahren ein staatliches Alkoholverbot in Amerika erlassen wurde. Und all das Glend, das durch den Alkohol erzeugt oder verstärkt worden war: Unglücksfälle, Verbrechen Betrunkener, Säugermord usw. haben seitdem beträchtlich abgenommen.

In unserem Lande sind Rot und Glend groß — aber wir haben kein Alkoholverbot. Getreide, Kartoffeln und Obst, die zur menschlichen Ernährung wichtig sind, werden in Massen zu Alkoholigst vergoren. Sollten wir nicht von Amerika lernen?

Ich glaube, Ihr fñhlt alle selber, daß an der heutigen Welt viel mehr noch zu ändern und zu bessern ist, als nur die Häßlichkeiten und das Glend, welche im Gefolge des unkontrollierten Königs Alkohol aufstreten. Doch im Kampfe gegen den Alkohol können auch wir Jungen schon unseren Mann stellen. Wir müssen um all die üblen und verderbenden Wirkungen des Alkohols auf uns und die Arbeiterklasse wissen und müssen unser Itebelsang den Alkohol meiden.

Lernen wir aus den bitteren Erfahrungen unseres Freundes Jack, aus dessen Geschichte ich Euch erzählte. Schließen wir uns solchen wirklichen Freunden an, die uns in unserem Entschluß, niemals alkoholhaltige Getränke zu genießen, nicht wankend machen! Kommt zu den Freunden und Genossen, die für ein gesundes und besseres Leben kämpfen, die Euch in das schöne Land führen, das wir Sozialismus nennen!

Paul Chr. Plottke.

In die Tümglinge.  
Fort den Wein! Wer noch nicht stammt,  
Ist nicht seines Rasses wert,  
Und wer selbst vom Feuer kammt,  
Sieht schon lange gläubertürl.  
Euch geniert nur eine Laß,  
Nur ein Gang durch Sturm und Nacht,  
Der aus eurer dunklen Welt  
Einen Sternenhimmel macht! . . . . . Heddel.